

Wir für Kiel

Eine andere Politik
ist nötig
und möglich

DIE LINKE.

Kreisverband Kiel

Das Programm zur Kommunalwahl 2008 in Kiel

Impressum:

Herausgeberin:

DIE LINKE.
Kreisverband Kiel

Willestraße 4-6
24103 Kiel
www.dielinke-kiel.de

V.i.S.d.P.: Angela Whyte (Kreisvorstand Kiel)

Inhalt

Präambel: Hier ist DIE LINKE	4
1. Für mehr Demokratie in Kiel	5
1.1 Kommunale Demokratie	5
1.2 Kommunale Selbstverwaltung	5
1.3 Keine Privatisierungen	6
1.3.1 Kieler Müllverbrennungsanlage	6
1.3.2 Kieler Abwasserversorgung	6
1.3.3 Kieler Stadtwerke	6
1.3.4 Verkauf städtischer Immobilien	7
1.3.5 Gutachter und Berater der Stadt Kiel	7
1.4 Sozialer Haushalten	7
1.5 Nutzung von offenen Standards und Open Source in der Verwaltung	9
2. Für eine soziale Stadt Kiell	9
2.1 Soziales und Arbeit	9
2.1.1 Hartz IV bekämpfen	10
2.1.2 Arbeitslosigkeit statt Arbeitslose bekämpfen	10
2.1.3 Kieler Karte für soziale Gerechtigkeit	11
2.2 Soziales und Familie	11
2.2.1 Kinder	11
2.2.2 Kinderarmut in Kiel	12
2.2.3 Jugendliche	12
2.2.4 Für ein lebenswertes Alter	13
2.2.3 Soziales und Integration	13
2.3.1 Für eine soziale Gesundheitspolitik	13
2.3.2 Kommunale Politik für Menschen mit Behinderungen	14
2.3.3 Obdachlosigkeit	14
2.3.4 Kommunale Flüchtlings- und Migrationspolitik	14
2.3.5 Sicherheit - Prävention	15
3. Für eine ökologische Stadtentwicklung	16
3.1 Umwelt und Naturschutz	16
3.1.1 Kleingärten	16
3.1.2 Fassadenbegrünungsprogramm	16
3.1.3 Baumschutzsatzung	16
3.1.4 Extensivierungskonzept	16
3.1.5 Müll	16
3.1.6 Energieeinsparung durch Gebäudesanierung	16
3.2 Für eine umweltfreundliche Energieversorgung	16
3.3 Mobilität für alle – sozial und ökologisch	17
3.3.1 StadtRegionalBahn	17
3.4 Stadtentwicklung	18
3.4.1 SozialeWohnraumpolitik	18
4. Bildung und Kultur	19
4.1 Bessere Bildung für alle	19
4.2 Kultur für alle	19
4.3 Sport	20
5. Mehr Frauenrechte in der Kommunalpolitik verankern	21
6. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!	22

Hier ist DIE LINKE

DIE LINKE tritt erstmals zur Wahl zum Kieler Kommunalparlament an. Wir streben einen grundlegenden Politikwechsel an. Unsere Alternative zum Kapitalismus ist die solidarische Erneuerung und konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Wir wollen eine gerechte Gesellschaft:

Eine Gesellschaft

- ◄ in der alle von ihrer Arbeit menschenwürdig leben können
- ◄ in der Arbeitslose unterstützt und nicht gedemütigt werden
- ◄ in der Menschen nicht nach ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung beurteilt und unterschiedlich behandelt werden.

DIE LINKE strebt nicht nur Parlamentssitze an. Wir wollen fair und gleichberechtigt mit außerparlamentarischen Bewegungen, mit den Gewerkschaften, mit ATTAC, mit den Sozialverbänden und den vielen emanzipatorischen Vereinen, Verbänden und Initiativen für Gerechtigkeit streiten.

Nur gemeinsam können wir es schaffen, unsere Stadt zu einer lebenswerten und sozialen Stadt ohne Ausgrenzung und Unterdrückung zu entwickeln.

Nur gemeinsam können wir weiteren Sozialabbau und Privatisierung verhindern.

Nur gemeinsam können wir soziale Gerechtigkeit und Rekommunalisierung erreichen.

Dabei lassen wir uns davon leiten, dass leere öffentliche Kassen kein Schicksal sondern das Ergebnis einer gezielten Umverteilungspolitik zu Gunsten von Konzernen und Vermögenden sind.

Wir setzen uns für soziale Gerechtigkeit ein, für eine ökologische Ausrichtung, für eine transparente, demokratische und friedliche Stadtpolitik.

Eine Stimme für DIE LINKE ist immer auch eine Stimme gegen die Bundes- und Landespolitik der etablierten Parteien. Die Rente mit 67, der Krieg in Afghanistan, Hartz IV, Kürzungen in der Bildungspolitik, die immer weiter in die Privatsphäre der Menschen eindringende staatliche Überwachung, Privatisierung von öffentlichem Eigentum sind nur einige Beispiele der herrschenden Politik auf allen Ebenen, die von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird.

Mit diesem Wahlprogramm möchten wir unser alternatives Politikangebot zur Diskussion stellen.

Stimmen für unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind Stimmen

- ◄ für direkte Demokratie,
- ◄ für eine öffentliche Daseinsvorsorge,
- ◄ für soziale Gerechtigkeit ohne Wenn und Aber,
- ◄ für Existenz sichernde Arbeitsplätze statt 1-Euro-Jobs,
- ◄ für konsequente Bekämpfung von Kinderarmut,
- ◄ für gleiche Rechte aller Menschen, die hier leben,
- ◄ für eine ökologische Wende
- ◄ für bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel,
- ◄ für ausreichende Versorgung mit kostenfreien Kita- und Krippenplätzen,
- ◄ für ein gemeinsames Lernen aller Kinder,
- ◄ für die reale Gleichstellung von Männern und Frauen,
- ◄ für einen konsequenten Antifaschismus,
- ◄ für eine kompromisslose Friedenspolitik.

Stimmen für DIE LINKE sind Stimmen für eine menschenfreundliche Stadt.

Sie entscheiden mit Ihrer Stimme!

1 Für mehr Demokratie in Kiel

1.1 Kommunale Demokratie

Ein Großteil der öffentlichen Dienstleistungen wird in der Kommune erbracht. Die Bürgerinnen und Bürger sind damit direkt und unmittelbar von der dort praktizierten Politik betroffen und diese Leistungen sind in hohem Maße von Politikerinnen und Politikern der kommunalen Ebene beeinflussbar. Die Politik in der Kommune bietet die größten Potentiale für zivilgesellschaftliches Engagement, Mitbestimmung und aktives Mitgestalten. Wir wollen, dass die politischen Entscheidungen vor Ort gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern diskutiert und gefällt werden. Direkte Demokratie, Partizipation und Transparenz müssen umgesetzt werden.

BürgerInnenhaushalte dienen der Einflussnahme der Bevölkerung auf die Ausgaben der Stadt. Wir glauben, dass die Bevölkerung selber am Besten einschätzen kann, wo Investitionen am dringendsten nötig sind. In BürgerInnenversammlungen wollen wir die EinwohnerInnen über die steuerbaren Ausgaben des Haushalts entscheiden lassen; ähnlich wie es auf Initiative der LINKEN in Berlin-Lichtenberg schon erfolgreich praktiziert wird.

BürgerInnenentscheide sind ein gutes Mittel, um den Willen der EinwohnerInnen unserer Stadt bei wichtigen Entscheidungen durchzusetzen. So hätte zum Beispiel die Privatisierung der Stadtwerke durch einen BürgerInnenentscheid verhindert werden können. Die bestehenden bürokratischen Hürden wirken abschreckend, wie z.B. die hohe Zahl der benötigten Unterschriften und der zu geringe Zeitraum. Das wollen wir bürgerfreundlich verändern.

BürgerInnenbeiräte, die das Recht haben Aufsichtsratsmitglieder zu entsenden, halten wir für eine gute Möglichkeit der Bevölkerung Einfluss auf Entscheidungen der Unternehmen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge einzuräumen. So würden nicht Profitinteressen sondern das Streben nach

einer möglichst guten Grundversorgung zu einem annehmbaren Preis im Mittelpunkt stehen.

Die Voraussetzung für mehr BürgerInnenbeteiligung ist ein „gläsernes Rathaus“, also die Schaffung von Transparenz. Beteiligung kann nur dann sinnvoll möglich sein, wenn Bürgerinnen und Bürger über die nötigen Sachinformationen verfügen und Entscheidungsstrukturen transparent sind.

DIE LINKE. Kiel fordert:

- ◀ ein „gläsernes Rathaus“
- ◀ Erarbeitung und Veröffentlichung des Haushaltplanes in übersichtlicher und für jede Bürgerin und jeden Bürger nachvollziehbarer Form
- ◀ keine nichtöffentlichen Sitzungen bei Themen, die alle angehen
- ◀ die obligatorische Anhörung von Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen und die stärkere Beteiligung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschusssitzungen
- ◀ eine monatlich erscheinende kostenlose Stadtzeitung, in der Entscheidungen und Diskussionsstände der Stadtpolitik verständlich dargestellt werden. Diese muss an alle Haushalte verschickt werden
- ◀ einen BürgerInnenhaushalt, damit die EinwohnerInnen auf Bürgerversammlungen selber über steuerbare Ausgaben des Haushalts entscheiden können
- ◀ BürgerInnenbeiräte bei den kommunalen Unternehmen, die das Recht haben Mitglieder in Aufsichtsräte zu entsenden
- ◀ die Rechte der Ortsbeiräte auszuweiten
- ◀ AufLandesebene müssen die bestehenden Hürden für BürgerInnenbegehren deutlich abgesenkt werden.

1.1 Kommunale Selbstverwaltungen

Städte, Gemeinden und Landkreise besitzen in Deutschland das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Das Grundgesetz garantiert ihnen, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ (Art 28 Abs. 2). Doch die Realität sieht anders aus, die kommunale Selbstverwaltung ist vielerorts gefährdet und droht zur Farce zu verkommen. Die von Bund, Ländern und der Europäischen Union gesetzten Rahmenbedingungen beschränken den Spielraum kommunaler Entscheidungen. Viele kommunale Aufgabenfelder sind inzwischen durch Gesetze und Verordnungen bis ins Detail „fremdbestimmt“ und nehmen berücksichtigen keine örtlichen Gegebenheiten.

In Folge des von der Bundesregierung maßgeblich unterstützten neoliberalen Wettbewerbskonzepts der Europäischen Union werden die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge einem verzerrten Wettbewerb und Kostendumping ausgesetzt.

Seit nahezu zehn Jahren versprechen Bund und Länder eine Gemeindefinanzreform – passiert ist bislang nichts. Bei der Föderalismusreform kam es zwar zu einem kleinen Fortschritt, die Durchgriffbefugnis des Bundes auf die Kommunen fällt künftig weg. Aber bei bereits vollzogenen Aufgabenzuweisungen bleiben die Städte, Gemeinden und Landkreise weiterhin auf den Kosten sitzen. Außerdem wurden die kommunalrelevanten Defizite des Grundgesetzes bei der Föderalismusreform ausgeklammert. Nach wie vor gibt es kein striktes Konnexitätsprinzip im Grundgesetz, das die Finanzierungsverantwortung des Bundes fixiert. Es gibt kein verfassungsrechtliches Anhörungsrecht der Kommunen bei kommunalrelevanten Vorhaben des Bundesgesetzgebers. Es gibt keine verbindliche Beteiligung der Kommunen an der Gesetzesfolgen- und Kostenfolgenabschätzung sowie an europä-

rechtlichen Abstimmungsverfahren zwischen Bund und Ländern.

Deshalb fordert DIE LINKE. Kiel:

- ◄ die kommunale Selbstverwaltung muss im föderalen System einen neuen Stellenwert bekommen
- ? die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen muss durch eine Reform der Gemeindefinanzen wieder hergestellt werden
- ◄ die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist zu sichern und zu erweitern, damit die kommunale Daseinsvorsorge auch unter den neuen Entwicklungsbedingungen gewährleistet werden kann
- ◄ dass der Bund selbst bezahlt, was er den Kommunen zur Umsetzung aufgibt
- ◄ ein Anhörungsrecht für Kommunen bei sie betreffenden Gesetzen und eine verbindliche Einbindung der Kommunen in europarechtliche Abstimmungsverfahren zwischen Bund und Ländern

1.3 Keine Privatisierung

Mit uns keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Ob die Deutsche Bahn AG, öffentliche Sparkassen, kommunale Wasser- und Energieversorgung, Abfallwirtschaft, Wohnungen oder Krankenhäuser – überall in den Kommunen und auch in Bund und Ländern gibt es Unternehmen, die am Gemeinwohl orientiert sind und allen Bürgerinnen und Bürgern gleichberechtigten und kostengünstigen Zugang zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen gewährleisten sollen. Zur kommunalen Grundversorgung gehören Wasser, Abfallbeseitigung, Schule und Bildung, Kinderbetreuung, Sparkassen, Energie, Wohnen, Krankenhäuser und der Öffentliche Nahverkehr. Eine Übertragung der öffentlichen Daseinsvorsorge auf private Unternehmen wird von uns abgelehnt.

Seit Beginn der Privatisierungswelle öffentlicher Unternehmen werden Arbeitsplätze abgebaut, der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten, die Schaffung prekärer Niedriglohnjobs nahmen zu. Geringere Versorgungssicherheit, Verschlechterung der Qualität und höhere Preise

(z.B. im Energiebereich) sind für die BürgerInnen direkt spürbare Folgen.

In Kiel betreiben Grüne und CDU wie zuvor die SPD den Ausverkauf von Eigentum, das den Kieler Bürgerinnen und Bürgern gehört, ohne dass die gefragt werden. Gleichzeitig wird versucht, Prestigeobjekte auf den Weg zu bringen, die die Kieler Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen kommen.

Deshalb setzen wir, DIE LINKE.KIEL, uns für den Erhalt leistungsfähiger und bürgernaher öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Gesundheit, Bildung, Wohnungen, Kultur, Wasser und Nahrungssicherheit sind keine Waren sondern Menschenrechte. Überall.

1.3.1 Die Kieler Müllverbrennungsanlage (MVK)

Vor Jahren gab es noch Proteste gegen den Ausbau der Kieler Müllverbrennungsanlage (MVK) und die Müllvermeidung wurde propagiert. Mittlerweile ist nach einer Gesetzesänderung die Müllverbrennung zu einem lukrativen Geschäft geworden, aus dem der 49% Anteilseigner Remondis satte Gewinne erwirtschaftet. Um anderen Anbietern auf dem Markt zuvorzukommen wird nun in Kiel ein dritter Kessel für ca. 80 Millionen Euro gebaut. Remondis garantiert die Auslastung des Kessels und rechnet mit fehlenden Verbrennungskapazitäten von 250.000 Tonnen in Schleswig-Holstein. CDU, Grüne und SPD haben nun einstimmig den dritten Kessel beschlossen und die Stadt übernimmt entsprechend ihrem Anteil eine Ausfallbürgschaft von 32,6 Mio. Euro. Hier ist nicht mehr Müllvermeidung das Ziel sondern lukrative Gewinne für Remondis, die einen Reingewinn von 61 Millionen für den neuen Kessel erwarten. Je mehr Müll verbrannt wird, desto größer wird der Gewinn sein. Insgesamt mag die Schadstoffbelastung zwar geringer sein, da aber bei weitem nicht nur der Müll aus Kiel verbrannt wird, wird die Umweltbelastung für die Kieler BürgerInnen steigen und die Möglichkeit der Einflussnahme immer geringer werden.

1.3.2 Die bevorstehende Privatisierung der Kieler Abwasserentsorgung

Im September 2006 hat der Kieler Rat die Umwandlung der Abwasserentsorgung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) und eine Betreibergesellschaft mit 49% Konzernbeteiligung beschlossen. Um einen angeblichen Sanierungsstau wieder in den Griff zu kriegen, soll ein "privater" Konzern helfen.

Bewerber sind u.a. der Energiekonzern VEOLIA und eine gemeinsame GmbH von REMONDIS und MVV. An der Abwasserentsorgung sind alle Umlandgemeinden beteiligt, die die Stadt nun für die Privatisierung gewinnen will. Die Umlandgemeinden sehen jedoch bisher nicht, weshalb sie das marode Netz und die von der Stadt anderweitig verbrauchten Gebühreneinnahmen mitfinanzieren sollen.

Es sind vor allem CDU und Grüne, die sich für eine Privatisierung einsetzen, die faktisch die Auflösung des Amtes für Stadtentwässerung zur Folge hat. Angeblich spart die Stadt so 10% der Kosten ein. Städtische Beschäftigte aber können die Sanierung genauso gut oder besser erledigen, wenn sie die finanziellen Mittel bekommen, die von den Kieler Bürgerinnen und Bürgern mit den Gebühren bezahlt werden. Der DGB befürchtet wohl zu Recht einen Arbeitsplatzabbau und warnt vor steigenden Abwasserpreisen bis zu 30 Prozent.

1.3.3 Die Kieler Stadtwerke

Die Teilprivatisierung der Kieler Stadtwerke hinterlässt bereits ihre Spuren. Die Preise für die Energie steigen, ca. 8000 KundInnen pro Monat sind nicht mehr in der Lage, ihre Rechnungen zu begleichen. Dringend notwendige Sanierungen der Netze finden nicht statt, die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert, sichere Arbeitsplätze sind verloren gegangen und die Angst davor, den Arbeitsplatz zu verlieren, steigt.

Hinter verschlossenen Türen wird bereits über weitere Anteilsverkäufe der Stadtwerke an MVV verhandelt, die der Stadt kurzfristige Einnahmen bescherten sollen. Natürlich ist MVV an so vielen Anteilen wie möglich interessiert, aber je mehr Anteile der Stadtwerke privatisiert werden, desto mehr demokrati-

sche Mitbestimmung über Betriebsführung, gerechte Energie- und Wasserpreise sowie sichere und auskömmliche Arbeitsplätze gibt die Stadt aus der Hand. Nur durch eine schnellstmögliche Rekommunalisierung kann die begonnene Zerschlagung der bewährten Betriebsstrukturen der Stadtwerke aufgehoben werden. Die Stadt und ihre BürgerInnen müssen die demokratischen Entscheidungs- und Kontrollmöglichkeiten über die Grundversorgung mit Energie und Wasser erreichen. Eine Grundversorgung mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme für alle ist sicherzustellen, die qualitativ hochwertig, ökologisch und trotzdem bezahlbar ist.

1.3.4 Der Verkauf städtischer Immobilien

Um die Stadtkasse zu füllen, will der Grüne Bürgermeister Todeskino weiterhin städtische Immobilien verkaufen. Im letzten Jahr wurden von der Kieler Wirtschaftsgesellschaft (KIWI) bereits Grundstücke im Wert von 3,58 Mio. verkauft. Noch bis zum Jahresende sollen Immobilien im Wert von ca. 8,6 Mio. verschärft werden.

Für ca. 1 Mio. sollen neue Objekte gekauft werden, die für die "strategische Stadtentwicklung benötigt werden". 2,15 Mio. sollen für die Sanierung städtischer Gebäude, größtenteils Schulen, verwendet werden. Der Rest, also ca. 5,5 Mio. Euro, fließt in den Haushalt, um das Haushaltsloch zu stopfen.

Eine Unverfrorenheit, wie hier mit dem Eigentum der Kieler Bürgerinnen und Bürger umgehen wird. Alles wird verschärft, statt endlich eine nachhaltige Finanzpolitik zu machen. Der Ausverkauf städtischer Immobilien ist kontraproduktiv. Der Kieler Mieterverein und das Institut Gewos stellten fest, dass der bisher entspannte Wohnungsmarkt sich verschlechtert, wenn nicht durch nachfragegerechte Neubauten gegengesteuert wird. Es gab 2005 ca. 62.200 Haushalte die entsprechend ihrem Einkommen einer Wohnung mit Mietpreisbindung bedurften. Aber ihnen standen nur 39.000 geförderte Wohnungen gegenüber. In Kiel haben zur Zeit ca. 1.000 ALG-II-BezieherInnen eine Aufforderung bekommen sich preiswerteren Wohnraum zu suchen.

Dieser ist aber nach Aussagen des Mietervereins kaum zu bekommen, weil die den ALG-II-BezieherInnen zugestandenen Mietobergrenzen absolut nicht den Gegebenheiten auf dem Wohnungsmarkt entsprechen.

1.3.5 Gutachten und Berater der Stadt Kiel

Die in Kiel beliebte Berater- oder gutachtergestützte städtische Förderung der Privatisierung mit standardisierten Gewinngarantien und verdeckten Subventionen erweist sich auf die Dauer als neue, zusätzliche Quelle der Verschuldung. Für kurzfristige Gewinne wird ein langfristig gesund angelegter Stadthaushalt geopfert. Dies gilt auch für Betreibermodelle wie das Public Private Partnership (PPP). Privatisierung dieser zum Leben notwendigen, elementaren Bereiche geht immer mit dem Verlust öffentlicher Mitsprachemöglichkeiten einher und führt schon mittelfristig zur Verteuerung der Güter, weil private Betreiber mit diesen Vorhaben schließlich Gewinn machen wollen. Die Bürgerinnen und Bürger aber verlieren sofort durch steigende Kosten, sinkende Qualität und fehlende Möglichkeiten der Mitentscheidung. Der Schutz der Umwelt und die gerechte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben setzen voraus, dass Dienste und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle in gleichem Umfang zugänglich sind.

Viele andere Städte haben bereits den Weg der Rekommunalisierung eingeschlagen und kaufen die veräußerten Anteile zurück. In Kiel ist die Einsicht, dass Privatisierungen auf Dauer gesehen nicht lohnenswert sind, weil sie hohe Folgekosten nach sich ziehen und Entscheidungskompetenzen verloren gehen, noch nicht angekommen. Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger aber spricht sich gegen Privatisierungen aus.

Die Privatisierung führt genau zum Gegenteil von dem, was den Bürgerinnen und Bürgern versprochen wird:

- nicht zu mehr Wettbewerb sondern zu Monopolen
- Kommunen werden nicht entlastet sondern belastet

- die Preise werden nicht niedriger sondern steigen
- es entstehen keine neuen Arbeitsplätze sondern es werden Stellen abgebaut
- die Infrastruktur funktioniert nicht besser sondern schlechter
- die Umwelt wird nicht mehr geschont sondern mehr belastet
- die Kommune gewinnt keine Freiheit, sondern die Stadt und damit die Bürgerinnen und Bürger verlieren Entscheidungs-, Kontroll- und Steuermöglichkeiten.

Deshalb fordert DIE LINKE. Kiel:

- ◀ keine Privatisierungen, denn städtische Betriebe sind Eigentum der Bürgerinnen und Bürger und nicht der gewählten VertreterInnen
- ◀ kein weiterer Anteilsverkauf der Stadtwerke, der Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) und der Kieler Müllverbrennungsanlage (MVK) sondern eine vollständige Rekommunalisierung unserer Kieler Stadtbetriebe und deren demokratische Kontrolle. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen wieder stärkeren Einfluss auf die Versorgungsbetriebe und ihre VertreterInnen, damit die Versorgung ökologisch und ihren Bedürfnissen entsprechend erfolgt statt sich an Gewinninteressen zu orientieren.
- ◀ keine weitere Zerschlagung bewährter Betriebsstrukturen
- ◀ keine Verlagerung wichtiger Geschäftsbereiche aus Kiel. Alle Servicebereiche für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort erhalten.
- ◀ Wir treten für eine ehrliche und öffentliche Debatte über die Zukunft des Lebensmittels Nr. 1 – das Wasser – in Kiel ein.

1.4 Sozialer Haushalten

In Kiel und andernorts stellt sich die Frage, wo das verfassungsmäßig garantierte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen bleibt, wenn sie auf Grund der geringen Mittelzuweisungen bei gleichzeitiger Aufgabenübertragung (vor allem sozialer Aufgaben) kaum noch Entscheidungsspielräume haben. Diese Situation führt zu einer grundlegenden Einschränkung der demokratischen Rechte der Einwohnerinnen und

Einwohner der Kommune.

Das System der kommunalen Finanzen ist so aufgebaut, dass die zentralen Mittelzuweisungen (Einkommenssteueranteil und Schlüsselzuweisungen) gering gehalten werden und gleichzeitig die Möglichkeit, eigene Steuern zu erheben oder zu erhöhen, durch einen systematisch verschärften Standortwettbewerb der Kommunen erschwert wird. Wenn in Folge nicht ausgeglichene Haushalte verabschiedet werden müssen, sind die Kommunen in ihren Entscheidungen vom Wohlwollen der Aufsichtsbehörden abhängig, die für die Genehmigung zuständig sind. Eine kommunale Selbstverwaltung ist ohne eine ausreichende Finanzausstattung nicht möglich. Wir fordern deshalb eine grundsätzliche Neuordnung der Kommunalfinanzen durch die Bundes- und Landesgesetzgebung:

Bei den Kommunalsteuern fordern wir, die Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer umzuwandeln, in der Steuerpflicht für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmer und alle selbstständig ausgeübten Tätigkeiten besteht. Besteuert wird die Wertschöpfung abzüglich der Lohnkosten. Anders ausgedrückt: der Gewinn zuzüglich Schuldzinszahlungen, Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren. Die Möglichkeiten der Verlustvorträge und Verlustnachträge werden zeitlich und der Höhe nach begrenzt. Die gewerbesteuerliche Organschaft wird abgeschafft. Der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen ist erheblich zu erhöhen. Das Hebesatzrecht der Kommunen bleibt erhalten. Die Gewerbesteuerumlage wird gänzlich abgeschafft.

Bei einer Umsetzung dieses Konzeptes hätten die bundesdeutschen Kämmerer jedes Jahr 15,3 Milliarden Euro mehr in ihren Haushaltskassen. Das würde dazu beitragen, die maroden Kommunalhaushalte auf gesunde Füße zu stellen und die kommunale Selbstverwaltung wieder mit Leben zu erfüllen. Der Anteil der einzelnen Kommunen an den Gemeinschaftssteuern soll sich ausschließlich an der Einwohnerinnen- und Einwohnerzahl orientieren und nicht an der Wirtschaftskraft, damit Gemeinden in strukturschwachen Regionen nicht benachteiligt werden.

Wir fordern, dass alle gesetzlichen

Einschränkungen aufgehoben werden, die es den Kommunen zurzeit verbieten oder erschweren, selbst wirtschaftlich tätig zu sein und so eigene Einnahmequellen zu erschließen. Wichtig ist, dass der Privatisierungsdruck von den Kommunen genommen wird, damit die Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, Konzessionsabgaben, Gewinnbeteiligungen und andere Einnahmen aus kommunalen Betrieben oder Beteiligungen zu erzielen.

Unter den Bedingungen, die die Kommunalpolitik vorfindet, wird häufig in den Gemeinden die eigene Finanzpolitik als alternativlos dargestellt. Trotz der gerade auch von uns immer wieder kritisierten Rahmenbedingungen ist dies jedoch fast nie der Fall. Ob und welche Investitionsvorhaben für Großprojekte getätigt werden, in welcher Höhe für repräsentative Ausgaben Geld verschleudert und in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen Wirtschaftsförderung gewährt werden, ist immer ein Entscheidungsprozess, der verschiedene Lösungen zulässt.

Kommunale Finanzentscheidungen sind häufig mit Umverteilungen öffentlicher Gelder in private Taschen verbunden. Es besteht stets die Aufgabe, kritisch zu überprüfen, zu welchen Preisen städtische Grundstücke gekauft oder verkauft werden und offen zu legen, wer von diesen Entscheidungen im Einzelfall profitiert.

Deshalb fordert DIE LINKE. Kiel:

◀ Die Bemessungsbasis der Gewerbesteuer soll durch Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente wie Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren deutlich verbreitert und damit zugleich deren derzeit hohe Konjunkturabhängigkeit eingeschränkt werden. Die Steuerpflicht soll auf Freiberufler – wie Ärzte, Anwälte, Architekten – ausgedehnt werden. Dieser Personenkreis soll die neue Steuerlast aber mit der Einkommensteuer verrechnen können. Im Gegenzug können die Steuersätze für die Gewerbesteuer gesenkt werden, wovon vor allem kleine und mittelständische Unternehmen sowie Handwerksbetriebe profitieren. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten für Verlustvor- und nachträge bei der Gewerbesteuer zeitlich und der Hö-

he nach deutlich begrenzt werden. Die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an Bund und Länder wird gänzlich abgeschafft.

- ◀ Die Grundsteuer ist unter verstärkter Berücksichtigung ökologischer und stadtentwicklungspolitischer Belange zu modernisieren und entsprechend neu auszurichten. Dazu werden die derzeit in Ost- und Westdeutschland unterschiedlichen, längst veralteten Bewertungsgrundlagen (Einheitswerte) durch eine realistische, gleichmäßige Bewertung von Grund- und Immobilienvermögen abgelöst.
- ◀ Die Anteile des Bundes, der Länder und insbesondere der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern werden neu geordnet. Der kommunale Anteil soll nicht mehr überwiegend nach der sehr unterschiedlichen Wirtschaftskraft der Kommunen, sondern ausschließlich nach Einwohnerzahlen verteilt werden. Ziel ist, dass gerade auch die finanzschwächeren Kommunen stetig und deutlich mehr Geld bekommen. Dazu wird der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer von derzeit 2,2 auf 20 Prozent erhöht, im Gegenzug jedoch die Beteiligung der Kommunen an der Einkommensteuer gestrichen.
- ◀ Aus Bundesmitteln sollen kommunale Investitionspauschalen gezahlt werden, wenn sich gesamtwirtschaftliche Schieflagen ergeben, die die Bundesländer selbst nicht ausgleichen können.
- ◀ Der kommunale Finanzausgleich in den Ländern soll in angemessener Weise die Aufgaben Defizitfinanzierung, Erhöhung der kommunalen Investitionskraft, Herstellung von Chancengleichheit zwischen den so genannten „Leuchttürmen“ und den benachteiligten Gebieten, Ausgleich ökonomischer und sozialer Strukturprobleme sowie zwischen Stadt und Umland erfüllen. Und Fördermittelprogramme müssen durch geeignete Pauschalisierungen und Verantwortungsübertragung auf kommunale und regionale Entscheidungsträger grundlegend vereinfacht werden.

1.5 Nutzung von offenen Standards und Open Source in der Verwaltung

Die Stadt Kiel soll verbindlich die bevorzugte Verwendung von offenen Standards und Open Source für die Verwaltung in Kiel innerhalb von drei Jahren beschließen. Dies soll nach dem Vorbild des Aktionsplanes der niederländischen Regierung geschehen. Danach sollen grundsätzlich offene Standards und Open Source bei Einkauf und Einsatz bevorzugt werden. Die Nutzung proprietärer Lösungen wie bei Betriebssystemen oder Software wie Microsoft Office sind gesondert zu begründen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Strategie mit Zeitplan vorzulegen, wie eine Umstellung auf offene Standards und Open Source zu bewerkstelligen ist.

Erste Schritte: Das von der ISO spezifizierte Open Document Format (ODF) ist schrittweise für das Lesen, Schreiben, Austauschen, Veröffentlichen und den Empfang von Verwaltungspapieren anzuwenden. Als offene Standards sind nur Normen akzeptiert, für die keine Lizenzzahlungen (z.B. auf Grund von Patenten) erhoben werden. Dazu kommen Implementierungsstrategien für Ausschreibungen, Einkauf und die Verwendung von Open Source durch alle Ämter bis Januar 2010. Die Umstellung auf offene Standards soll dabei schrittweise erfolgen.

2 Für eine soziale Stadt Kiel

2.1 Soziales und Arbeit

2.1.1 Hartz IV bekämpfen

Hartz IV muss überwunden werden.

Die massenhafte Erwerbslosigkeit ist nicht das Ergebnis persönlichen Verschuldens sondern Ausdruck der vorherrschenden Wirtschaftspolitik. Die menschenunwürdige Behandlung von Erwerbslosen und sozial benachteiligten Mitbürgerinnen, Mitbürgern und vor allem die schändliche Behandlung ihrer Kinder wird von der Partei DIE LINKE nicht hingenommen.

Mit der Einführung des vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV – Gesetzgebung“) haben sich soziale Gegensätze verschärft, Menschen werden von gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzt. Etwa eine Million Beschäftigte müssen ihr geringes Entgelt mit Hartz IV aufstocken. Die Verhandlungsposition von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften im Kampf für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums wurde mehr und mehr geschwächt, Erwerbstätige wurden durch die Androhung des sozialen Absturzes gefügig gemacht.

Kommunen sind, weit mehr als in der Vergangenheit, mit dem sozialen Problem der Langzeitarbeitslosigkeit und all ihren Folgen konfrontiert. Die kommunale Arbeitsförderung bestand bisher im Schaffen von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, den so genannten „Ein-Euro-Jobs“. Durch diese Form des Lohndumpings werden die Löhne immer mehr gedrückt. Der Niedriglohnsektor in der Stadt Kiel wird weiter ausgebaut.

Mit dem Inkrafttreten von Hartz IV wurde die Armut per Gesetz gefördert. Die Bürgerbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein schreibt, dass die Hartz IV-Gesetze insgesamt zu „Verschärfungen und Verschlechterungen für die Bürgerinnen und Bürger“ geführt haben und Schikanen gegen Erwerbslose zunehmen. Das Amt für Landesdatenschutz berichtet darüber hinaus, dass Hartz IV-Regelungen zur kontrollierenden Ar-

menverwaltung pervertiert sind und bis zur eklatanten Verletzung der grundgesetzlich garantierten Rechte von HilfeempfängerInnen reichen.

Die Betroffenen sollten mit Hartz IV über die Betreuung der Arbeitsagenturen Zugang zu Vermittlungs- und Förderungsleistungen und damit eine Perspektive auf Erwerbsarbeit erhalten. Das damit verbundene Versprechen unter dem Slogan „Fordern und Fördern“ trägt lediglich dazu bei, dass Gelder verschleudert werden, um arbeitssuchende Menschen in sinnlose Trainingsmaßnahmen oder diskriminierende Arbeitsverhältnisse zu zwingen. Ein sinnvolles Förderkonzept gibt es nicht und die Vermittlungsquoten sind miserabel. Das einstige Versprechen der rot-grünen Bundesregierung durch die Hartz-Gesetze mehr Menschen in Arbeit zu bringen, wurde gebrochen. Auch die schwarz-rote Große Koalition setzt weiter auf dieses Rezept. Die Tatsachen – knapp 7 Millionen BezieherInnen von Hartz IV bundesweit – sprechen eine andere Sprache. Der wirtschaftliche Aufschwung geht an den Langzeiterwerbslosen vorbei.

Ein offensichtlich angestrebter Effekt von Hartz IV ist die Disziplinierung von Erwerbslosen. Die Angst vor dem Abstieg in die Armut durch die viel zu geringen Regelsätze des ALG II führt zur Bereitschaft der Betroffenen, unterqualifizierte, schlecht bezahlte und so genannte „prekäre“ Beschäftigungen anzunehmen. Die Disziplinierung und Kontrolle von Erwerbstätigen wurde damit verstärkt – mit der Angst vor Jobverlust und sozialem Abstieg stieg die Bereitschaft zu Lohnverzicht, Mehrarbeit und Verzicht auf errungene Arbeitsstandards. Auf diesem Weg wurde die Abwärtsspirale des Lohnniveaus beschleunigt und ist seit 9 Jahren im europäischen Vergleich beispiellos.

2.1.2 Arbeitslosigkeit statt Arbeitslose bekämpfen

Durch die Hartz-Gesetze hat sich die Situation von Arbeitslosen und ihren Familien massiv verschlechtert.

Die Resultate der Agenda 2010 und ihrer Folgegesetze sind:

- die dramatische Leistungskürzung durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und deren Ersetzung durch das Arbeitslosengeld II
- die Verschärfung der Anrechnung des Partnereinkommens und des Vermögens für Arbeitslosenhilfebeziehende, wodurch viele Langzeiterwerbslose, vor allem Frauen, weder eine finanzielle Leistung erhalten noch Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen haben
- die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien, mit denen Langzeitarbeitslose gezwungen werden, jede zumutbare Arbeit oder Beschäftigung anzunehmen, auch Mini- und so genannte Ein-Euro-Jobs. Arbeitsmarktpolitik für Langzeiterwerbslose wurde reduziert auf so genannte „Ein-Euro-Jobs“, die für die Betroffenen keinerlei berufliche Perspektive bieten. Der Entzug des Rechts auf die Begründung eines eigenen Haushalts der jungen Erwachsenen
- massive Sanktionen bei „Pflichtverletzungen“ – Unterstützungskürzung bis hin zu 100 Prozent
- Ältere Erwerbslose müssen nach Ablauf ihres Anspruchs auf Arbeitslosengeld I ihre finanziellen Rücklagen – Alterssicherung – oder auch ihr Wohneigentum verbrauchen, bzw. veräußern, bevor sie überhaupt leistungsberechtigt sind.

DIE LINKE.KIEL hält die Hartz-Gesetze für einen Skandal. Hartz IV ist Armut per Gesetz und muss grundsätzlich überwunden werden. Die verbliebenen kommunalen Entscheidungsspielräume wurden in Kiel bislang nicht genutzt.

Unsere Alternativvorschläge sind sinnvoll und bezahlbar:

Einfluss auf die kommunale Politik:

A. Ein-Euro-Jobs

- DIE LINKE. Kiel tritt dafür ein, Ein-Euro-Jobs in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Niemand darf durch repressive Maßnahmen in ein sklavisches Zwangsarbeitsverhältnis gedrängt werden. Die Mittel für Hartz IV, Wohnung und Ein-Euro-Job sollten zusammengelegt und als Lohn für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ausgezahlt werden.
- Gelder, die jetzt an Träger von sinnfreien Maßnahmen fließen, müssen dem Anspruch auf zusätzliche Qualifizierung zur Vorbereitung auf eine Stelle am allgemeinen Arbeitsmarkt zugeführt werden.
- DIE LINKE. Kiel unterstützt die Forderung nach einem Mindestlohn von wenigstens 8,44 Euro pro Stunde, um weiteres Lohndumping in Kiel zu verhindern.
- DIE LINKE. Kiel wird auf die Einhaltung von Mindestlöhnen und Tariftreue hinwirken – auch bei der städtischen Auftragsvergabe und bei der Förderung von Vereinen, die Beschäftigte haben.

B. Ausbildungsplätze

- In Kiel fehlen 3.000 Ausbildungsplätze. Deshalb unterstützt DIE LINKE. Kiel die Forderung nach einer gesetzlichen Ausbildungsplatzabgabe. Wer nicht ausbildet, muss zahlen!
- Aufträge der Stadt und der städtischen Gesellschaften sollen nur noch an Betriebe vergeben werden, die ausbilden. Mit Geldern der Bundesagentur und der Arge soll ein Programm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen durchgeführt werden.
- Der Ausbau von Jugendwerkstätten mit einem breiten Ausbildungsangebot ist zu fördern. Träger dieser Werkstätten können sowohl die Kommunen als auch freie Träger werden. Solche Angebote richten sich in erster Linie an diejenigen, die innerhalb des bestehenden Systems schlechte Chancen haben.
- Ein Ausbau der kommunalen Beschäftigungsförderung rechnet sich für Kiel, weil der Einstieg junger Menschen in eine „Maßnahmenkarriere“ verhindert werden kann und

ältere Erwerbsfähige durch ausreichende Angebote einen Leistungsbezug vermeiden können.

DIE LINKE. Kiel setzt sich für eine Fortsetzung der Förderung des Aloini e.V. als unabhängige Beratungsstelle für SGB II und SGB XII Betroffene in der Stadt Kiel ein. Nur durch unabhängige Beratung können sich die Betroffenen gegen Behördenwillkür und falsche Bescheide wehren.

Hartz-IV-EmpfängerInnen wird mit Kürzungen der Miete und mit Zwangsumzügen gedroht, weil sie in angeblich zu teuren Wohnungen wohnen. Viele werden ohne Rücksicht auf soziale Bindungen oder gesundheitliche Beeinträchtigungen aus ihren Wohnungen vertrieben. Zwangsumzüge führen unweigerlich zu weiterer Ghettoisierung und Stigmatisierung ganzer Bevölkerungsteile.

DIE LINKE. Kiel sieht überhöhte Mietpreise als eine Folge des Verkaufes städtischen Immobilieneigentums. Um einen Einfluss auf die Wohnpreisgestaltung zu behalten muss der Verkauf gestoppt und revidiert werden.

Die Stadt Kiel als einer der größten Arbeitgeber hat eine besondere Verantwortung für den Arbeitsmarkt. Statt Arbeitsplätze zu schaffen, werden kontinuierlich Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut. Statt die vorhandene Arbeit gerecht auf mehrere Schultern zu verteilen, wird durch das Ausgliedern kommunaler Dienstleistungen bei Arbeitsplätzen und Löhnen eine Spirale nach unten in Gang gehalten.

Die Stadt Kiel kann das Problem der Arbeitslosigkeit nicht allein lösen. Aber sie kann Zeichen setzen. Wir wollen die Wiederbesetzung freierwerdender Stellen im öffentlichen Dienst. Fehlende Stellen dürfen nicht durch Überstunden ausgeglichen werden. Wir wollen eine generelle Übernahmegarantie für Auszubildende.

Die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Deshalb wollen wir alle Maßnahmen der Stadt zur Förderung der Wirtschaft auf den Prüfstand stellen. Eine Bilanzierung der Wirtschaftsförderung für die letzten 10 Jahren ist notwendig. Wichtigstes Kriterium einer Förderung ist für uns die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen bei

Bewahrung der Umwelt. Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe stärken, dazu bedarf es einer schlüssigen Strukturplanung in den Bereichen Arbeit, Ausbildung, Kultur und Verkehr

Wir unterstützen unsere Bundestagsfraktion!

Wir fordern die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von wenigstens 8,44 Euro in der Stunde. Für etwa eine halbe Million Menschen, die derzeit voll erwerbstätig sind, würde damit der Weg aus Hartz IV und der bitteren Situation trotz Arbeit arm zu sein gebnet.

Ein-Euro-Jobs werden abgeschafft. Diese Form der Zwangsarbeit wird ersetzt durch den Aufbau eines öffentlich finanzierten Beschäftigungssektors, der sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Arbeitsplätze in den Bereichen zur Verfügung stellt, in denen der gesellschaftliche Bedarf an Leistungen nicht gedeckt ist, z.B. Bildung, Kultur, Gesundheits- und Gemeinwesen. Eine weitgehend kostenneutrale Finanzierung über die Umwidmung vorhandener Mittel ist möglich.

Für die berufliche Eingliederung von Langzeiterwerbslosen sind mehr Gelder zur Verfügung zu stellen. Die im Haushaltsjahr 2007 gesperrten Gelder für Eingliederungsmaßnahmen sind ihrer Zweckbestimmung zuzuführen.

Die soziale Absicherung wird durch die Verlängerung der maximalen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I verbessert. Der durch die Hartz-Gesetze festgelegten Altersarmut muss entgegengewirkt werden, insbesondere sind Maßnahmen der Zwangsverrentung – verordneter vorzeitiger Eintritt in die Rente mit massiven Abschlägen bei der Leistungshöhe – zu verhindern.

Als erster Schritt auf dem Weg zu einer repressionsfreien und bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, die Armut verhindert und gesellschaftliche Teilhabe sichert, wird das ALG II sofort auf 420 Euro angehoben.

Die Freibeträge für Ersparnisse zur Alterssicherung werden erhöht und die Anrechnungsregelungen für Partnereinkommen deutlich verbessert. Die bestehende Verpflichtung, jede Arbeit unabhängig von ihrer Qualität anzunehmen, wird abgeschafft.

Wir fordern eine generelle Arbeits-

zeitverkürzung und den Abbau der Überstunden.

Wir brauchen eine grundsätzlich andere Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik, die sich an der Stärkung der privaten und öffentlichen Nachfrage orientiert. Wir befürworten eine Steuerpolitik, die die finanzielle Basis für Investitionen in Bildung, soziale Infrastruktur und öffentliche Verkehrswege schafft.

2.1.3 Kieler Karte für soziale Gerechtigkeit (Kieler Sozial Karte)

Eine der gravierendsten Folgen zunehmender Verarmung ist die faktische Ausgrenzung von der Teilnahme an kulturellen, sportlichen, sozialen Aktivitäten. Hier sind nicht nur Erwachsene betroffen sondern jedes dritte Kind in Kiel. Bis sichergestellt ist, dass jede Mitbürgerin und jeder Mitbürger über ausreichende Einkünfte verfügt, muss der weiteren Ausgrenzung der betroffenen Erwachsenen und Kinder entgegengewirkt werden. Ein wichtiger Bestandteil ist natürlich die Mobilität als Voraussetzung dafür.

Sofortmaßnahme:

Kieler Sozial Karte (KiSo-Card)

Die Kieler Sozial Karte ist für alle Bürgerinnen und Bürger, deren Einkünfte unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegen. Diese Grenze wird regelmäßig angepasst und beträgt zur Zeit für Einzelpersonen 985 EUR. Der Preis für die KiSo-Card liegt bei höchstens 25 EUR.

In der KiSo-Card enthalten sind:

- kostenlose Nutzung des VRK im Kieler Stadtgebiet (Zone 4000)
- kostenlose Nutzung aller städtischen Büchereien, Museen und Sonderausstellungen
- Ermäßigung in allen städtischen Kulturbetrieben
- Ermäßigung bei sportlichen Veranstaltungen und bei Beiträgen zu Sportvereinen
- Ermäßigung bei allen Bildungskursen bei der VHS von mindestens 50%
- Ermäßigung beim Eintritt in allen Kieler Hallen- und Freibädern von mindestens 50%
- Gebührenermäßigung bei sämtlichen

kommunalen Gebühren

Kinder von betroffenen Familien bekommen eine KiSo-Card umsonst.

2.2 Soziales und Familie

2.2.1 Kinder

Kinder brauchen Freiräume für eigene Erfahrungen. Ungefragt wird ihre Lebens- und Erlebniswelt durch Erwachsene bestimmt, Kinderinteressen werden in der Regel als nachrangig behandelt. Als Voraussetzung für eine kinderfreundliche Gestaltung der Lebenswelt für Kinder und Erwachsene fordern wir die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention.

Ein Kind ist ein eigenständiges Wesen, kein Anhängsel seiner Eltern. Aber es sind unsere Kinder, die besonders von der Arbeitslosigkeit der Eltern betroffen sind. Sie sind Emissionen durch Verkehr, Industrie und Landwirtschaft in höchstem Maße ausgesetzt, ohne sich wehren zu können.

Die Kinder in ihrer Entwicklung zu unterstützen und Eltern eine verlässliche Erziehungspartnerschaft zu bieten, ist Aufgabe der Kindertageseinrichtungen. Sie wirken familienunterstützend und sind ein wichtiger Baustein für die Umsetzung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Kindertagesstätten schaffen die Grundlagen dafür, dass Kinder in einer Gemeinschaft sozial handeln und aktiv lernen können.

DIE LINKE. Kiel fordert:

- ◀ kostenloser Besuch der Kindertageseinrichtungen
- ◀ Ganztagsplätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen
- ◀ familiengerechte Öffnungszeiten, die Erwerbstätigkeit auch für allein Erziehende ermöglichen
- ◀ Verringerung der Gruppengröße mindestens entsprechend der EU-Empfehlung: 15 Kinder (3-6 Jahre), 8 Kinder (1-3 Jahre)
- ◀ gut aus- und fortgebildetes Fachpersonal, mindestens 2 ErzieherInnen pro Gruppe entsprechend der EU-Empfehlung, die einen Personalschlüssel 1:3 (1-3 Jahre) bzw. 1:6 (3-6 Jahre) vorsieht

- ◄ Anpassung der Gruppengröße und des Personalschlüssels an die besonderen Gegebenheiten in integrativen Gruppen
- ◄ räumliche Ausstattung und Garten an den Bedürfnissen der Kinder und ErzieherInnen ausrichten, EU-Empfehlung: 75qm pro Gruppe und Schlafrum
- ◄ Aufhebung des Leistungs- und Budgetvertrags – Wiedereinführung der Defizitfinanzierung, um planbar Qualität weiter entwickeln zu können
- ◄ Krippen- und Hortplätze entsprechend dem tatsächlichen Bedarf
- ◄ zügige Einrichtung einer Babyklappe in Kiel des Personalschlüssels an die besonderen Gegebenheiten in integrativen Gruppen

2.2.2 Kinderarmut“ in Kiel

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Kiel wirbt: “Kiel soll kinder- und familienfreundlichste Stadt Deutschlands werden”. Die Realität spricht eine andere Sprache. Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die in Kiel in Armut aufwachsen, ist im Jahr 2006 weiter auf 9487 gestiegen, das ist ein Drittel aller Kieler Kinder. Die Stadt Kiel zementiert damit den 4. Platz in der Rangliste der Bundesrepublik.

Für jedes dritte Kind in Kiel bedeutet das Mangel an Bildung, Gesundheit, Mobilität, Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, Kultur und ungesunde Ernährung. Die Kinder haben keine Lobby und sind Opfer einer neoliberalen Politik. Die Konsolidierung des Staatshaushaltes wird auf dem Rücken der schwächsten sozialen Gruppen ausgetragen.

Eine „kinderfreundliche Stadt“ ist verpflichtet, die garantierten Rechte der Kinder (Chancengleichheit, gesellschaftliche Teilhabe etc.) zur Geltung zu bringen und Verantwortung für alle Kinder der Stadt zu zeigen. Das hat Vorrang vor jedem Prestigeobjekt.

DIE LINKE. Kiel fordert als Soforthilfe

Die Ausstattung mit den notwendigen Schulmaterialien ist eine Grundvoraussetzung für das Recht auf Bildung und für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht. Wir fordern die Einrichtung ei-

nes kommunalen Schulfonds, aus dem der Bedarf für Schulmaterial, außerschulische Bildung, sportliche und kulturelle Aktivitäten bezahlt wird. Kinderfreundlichkeit lässt sich nicht in Sonntagsreden beweisen sondern verlangt den betroffenen Kindern sofort zu helfen.

Für ein Kind unter 14 Jahren gibt es beim ALG II gerade mal 207 Euro. Die Summe soll dann für Essen, Winterschuhe, Spielzeug und vieles mehr reichen.

Dieser viel zu geringe Regelsatz für Kinder klammert u.a. den für die Zukunft der Kinder enorm wichtigen Posten Bildung einfach aus. Die Ausgaben für Bildung wurden komplett gestrichen, als die Höhe des ALG II festgelegt wurde. Für Schreibwaren im Allgemeinen sind von den 207 Euro monatlich 1,63 Euro vorgesehen. Das reicht aber nur für einen Bleistift und einen Radiergummi und für Arbeitshefte, Schreibhefte, Stifte, Blöcke, Malutensilien, Kopiergeld, Klassenkasse usw. erhalten die betroffenen Kinder und Familien im Monat 0 Cent!

Die Schulmaterialien kosten pro Kind je nach Schulstufe zwischen 50 und 300 Euro im Jahr.

DIE LINKE. Kiel unterstützt die Bundespartei und Bundestagsfraktion bei ihrer Forderung zur Einführung einer individuellen und bedarfsorientierten Kindergrundsicherung als eigenständiges soziales Sicherungssystem für alle Kinder. Kinder unter 18 Jahren sind nicht mehr als Teil von Bedarfsgemeinschaften für den Bezug von Regelleistungen nach dem SGB II zu behandeln. Ein Kinderzuschlag wird ergänzend zum Kindergeld zu einer ergänzenden Leistung, die in Abhängigkeit von der Höhe des Haushaltseinkommens den Zugang zu ihrem soziokulturellen Existenzminimum in Höhe von mindestens 420 Euro garantiert.

2.2.3 Jugendliche

Obwohl Jugendliche von politischen Entscheidungen betroffen sind, haben sie keine Gelegenheit, diese Entscheidungen zu beeinflussen. Junge Menschen haben das Recht, ihre Posi-

tionen in die gesellschaftliche Debatte einzubringen und unser Gemeinwesen aktiv mitzugestalten.

Mitwirkung ist eine Grundsäule des demokratischen Gemeinwesens. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Entscheidungsprozessen schult demokratisches Verständnis, bürgerschaftliches Engagement und verhindert Fehlplanungen. Die aktuellen “Beteiligungsformen” erfüllen allenfalls eine Alibifunktion. Jugendparlamente u.ä. Beteiligungsformen sind nur sinnvoll, wenn sie ergebnisorientiert und projektbezogen sind. Die Jugendlichen sind entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention ernst zu nehmen.

Die bestehenden Jugendfreizeitstätten und -häuser sind besser zu fördern; unabhängig davon, ob sie sich in kommunaler oder freier Trägerschaft befinden.

DIE LINKE. Kiel fordert:

- ◄ Mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten für Jugendliche
- ◄ Aufbau selbst verwalteter Jugendzentren
- ◄ Förderung der Jugendkultur (geeignete Flächen für Sprayer, Plätze für Skater, Übungsräume für Rock-Musik etc.)
- ◄ angemessene Freizeitangebote in integrationsfördernden Jugendzentren
- ◄ kostenfreien Zugang für Jugendliche ins Internet in Stadtteilzentren, Bibliotheken, Jugendzentren o.ä. Einrichtungen

2.2.4 Für ein lebenswertes Alter

Wir betrachten die Lebenserfahrungen der älteren BürgerInnen als Bereicherung. Ältere Bürgerinnen und Bürger sollen ihre Kompetenz und ihr Wissen aktiv in die Mitgestaltung der Gesellschaft einbringen können und Möglichkeiten erhalten, ihr Leben durch geeignete Betätigung sinnerfüllt zu gestalten.

Bis zum Jahre 2020 wird der Anteil der über 60-jährigen in Kiel von derzeit einem Fünftel auf fast ein Drittel anwachsen. Eine wachsende Zahl von älteren Menschen ist von Altersarmut bedroht. Das betrifft vor allem Frauen, denn das bestehende Rentenrecht orientiert sich überwiegend an den Erwerbsbiographien von Männern. Angesichts zunehmender Alterung der Gesellschaft gilt mehr denn je: Der solidarische Generationenvertrag ist ein Kulturgut, das vor einer ungerechten und unsozialen Politik geschützt werden muss.

DIE LINKE. Kiel unterstützt Widerstand gegen jede Form von Altersdiskriminierung und stellt gesellschaftliche Verhältnisse in Frage, die ein menschenwürdiges Leben im Alter nicht gewährleisten. Das beinhaltet vor allem die Schaffung einer zukunftsfähigen und existenzsichernden Rente, die einen Lebensabend in Würde und ohne materielle Sorgen ermöglicht. Beteiligungsmöglichkeiten aller Bürgerinnen und Bürger an der Kommunalpolitik sind uns wichtig.

Es bedarf einer kommunalen Planung, die vielfältige Angebote für ältere Menschen sichert und Begegnungen zwischen den Generationen ermöglicht. In den Stadtteilen sind SeniorInnenräte einzurichten, um auf eine altersgerechte Stadtplanung Einfluss zu nehmen (nahe Wege für Einkauf und andere Erledigungen, ÖPNV etc.). Kulturelle Angebote müssen für ältere Menschen erschwinglich und zugänglich sein, auch Freizeit- und Sporteinrichtungen, in der Innenstadt sind Ruhezonen einzurichten, ohne dass die Menschen gezwungen sind, etwas in Lokalitäten zu verköstigen. Stadtplanerisch ist eine Durchmischung der verschiedenen Altersgruppen in allen Wohngebieten zu gewährleisten. Wohngemeinschaften, betreute Wohngruppen, Altenheime und Pflegeheime sind den örtlichen Bedürfnissen

entsprechend vorzusehen.

Viele Alten- und Pflegeheime in Kiel sind privatisiert. Wir lehnen Profitstreben auf Kosten von älteren Menschen ab und wollen Altenheime wieder in die öffentliche Hand überführen. Die Kommune hat ihre Möglichkeiten auszunutzen und private Heime unter eine strenge Aufsicht zu stellen. Qualifikation, Ausbildung und Weiterbildung sind unabdingbare Kriterien für den Einsatz in der Alten- und Pflegehilfe.

Ältere Menschen sollen:

- ◀ Politik in eigenem Interesse mitgestalten und ihre staatsbürgerlichen Rechte wahrnehmen können, z.B. durch die parlamentarische Ausweitung der Rechte der SeniorInnenbeiräte und -vereinigungen
- ◀ gleichberechtigten Zugang zu allen medizinischen Leistungen haben;
- ◀ bei eintretender Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit ein bedarfs-, flächen- und qualitätsdeckendes Angebot an Informations- und Beratungsstellen, an Sozialstationen und Sozialdiensten vorfinden und eine kompetente Unterstützung und Assistenzleistungen zur Bewältigung des Alltags, zur Eigenverantwortung und in Krisensituationen materielle und soziale Ressourcen erhalten
- ◀ das Recht auf eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung, auf Mieterschutz und im Bedarfsfall auf Angebote für betreutes Wohnen und Pflege haben und in ihrer Wohnumwelt sollen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit erhalten bleiben
- ◀ Zugriff auf Weiterbildungskonzepte haben, die ihren Lern- und Bildungsbedürfnissen entsprechen und ältere Menschen gleichermaßen als Lernende und Lehrende akzeptieren
- ◀ ein Wohnumfeld mitgestalten können, das auch ihren kulturellen und sportlichen Interessen und ihrem Bedürfnis nach Kontakten entspricht

DIE LINKE. Kiel fordert auf Bundesebene Veränderungen in der Rentenversicherung, die allen RentnerInnen ermöglicht, über ein Einkommen zu verfügen, das Altersarmut vermeidet und eine menschenwürdige Lebensführung erlaubt.

2.3 Soziales und Integration

2.3.1 Für eine Soziale Gesundheitspolitik

Der Umgestaltungsprozess des Gesundheitssystems untergräbt die gesetzliche Krankenversicherung als Hauptsäule des Gesundheitssystems und bringt auch kommunale Krankenhäuser mit dem Druck der „Wirtschaftlichkeit“ in Not und nötigt sie so zu Maßnahmen, mit denen die gesundheitliche Versorgung der Patientinnen und Patienten zunehmend verschlechtert wird. Als Argumentation zu dieser Umgestaltung dient die Behauptung, im Gesundheitsbereich habe es eine „Kostenexplosion“ gegeben, obwohl die Gesundheitsquote, also der Anteil der Ausgaben im Gesundheitswesen am gesellschaftlichen Gesamtprodukt, seit Jahren konstant ist.

Krankenhäuser, Krankenkassen und Ärztinnen und Ärzte werden in einen Wettbewerb gedrängt, der nicht die Leistungen sondern die Sparpolitik auf Kosten der Patientinnen und Patienten und den Abbau der Dienstleistungen der im Gesundheitsbereich Tätigen fördert. So findet auch schon seit Jahren ein nachhaltiger Arbeitsplatzabbau bei Ärztinnen und Ärzten sowie Pflegerinnen und Pflegern statt, der sich hinter strukturellen Entscheidungen zum Bettenabbau, zu Privatisierungen und auch Krankenhausschließungen verbirgt.

Lobbyarbeit der Pharmaindustrie und undurchschaubare Verwaltungsstrukturen sorgen für Preissteigerungen und fehlende Transparenz, Fallpauschalen machen Gesundheit zum Wirtschaftsgut. Obwohl die Versicherten in Gesetzlichen Krankenkassen den Löwenanteil des Gesundheitswesens tragen, werden PrivatpatientInnen bevorzugt behandelt. Die Leidtragenden dieses Systems sind immer die Patientinnen und Patienten und die Beschäftigten.

DIE LINKE. Kiel fordert:

- ◀ Gesundheit ist keine Ware und darf sich nicht rechnen müssen. Alle Einkommensarten müssen für die Finanzierung des Gesundheitssystems herangezogen werden. Starke Schultern dürfen sich nicht über Private Krankenkassen aus der Solidar-

gemeinschaft verabschieden. Die Versorgung aller Patientinnen und Patienten muss bedarfsgerecht und nicht abhängig vom sozialen Stand sein.

- ◄ Wir lehnen die Privatisierung öffentlicher Krankenhäuser ab. Wir fordern die Einhaltung tariflicher Mindestarbeitsbedingungen für die Beschäftigten.
- ◄ Die Trennung von ambulanter und stationärer Krankenhausversorgung muss überwunden werden, Kooperationen von Krankenhäusern müssen gefördert, Polikliniken ausgebaut und in den Wohngebieten der Bau von Ärztehäusern gefördert werden.
- ◄ Einrichtungen zur Prävention müssen gefördert und ausgebaut werden, sie entlasten langfristig das System. Dazu gehören Einrichtungen kommunaler Sucht- und Drogenberatung, psychosoziale Einrichtungen, die AIDS-Hilfe, die Gesundheits- und Ernährungsberatung, Selbsthilfegruppen und Patientinnen- und Patienteninitiativen.

2.3.2 Kommunale Politik für Menschen mit Behinderungen

Wir treten dafür ein, dass Kiel die Erklärung von Barcelona vom 24. März 1995 unterzeichnet und die dort vereinbarten Standards, wie die Partizipation bei allen Themen, von denen BürgerInnen mit Behinderungen betroffen sind, zur alltäglichen Praxis der Kommunalpolitik werden.

Die Solidarität mit Einwohnerinnen und Einwohnern mit Behinderungen ist Aufgabe und Verpflichtung. Alle angebotenen Hilfen haben die Würde und das Recht auf Selbstbestimmung aller Betroffenen zu achten.

Die Änderung des Grundgesetzes (GG) 1994, „Niemand darf wegen Behinderung benachteiligt werden“ (Art. 3), und Verabschiedung des Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) im Jahre 2003 im Bund und nachfolgend auch in den einzelnen Bundesländern waren erste Schritte in diese Richtung.

In der Kommune ist zu überprüfen, ob Gleichstellung, Teilhabe und Selbstbestimmung Wirklichkeit geworden sind. So sind viele Gebäude für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer

häufig nicht zugänglich und Blindenampeln nur punktuell installiert. Blindenleitsysteme fehlen fast vollständig. Für Gehörlose und Schwerhörige fehlen durchgängig technische Vorrichtungen wie z.B. Induktionssysteme. Gebärdendolmetscherinnen und Gebärdendolmetscher stehen selten zur Verfügung.

Personen, die auf Grund ihrer Behinderung von der Nutzung des ÖPNV ausgeschlossen sind, müssen durch alternative Leistungen Vergünstigungen erhalten (z.B. Taxi-Gutscheine).

Die LINKE. KIEL fordert:

- ◄ Menschen mit Behinderungen müssen selbstbestimmt und in Würde leben können.
- ◄ Der Ausbau von alters- und behindertengerechten Wohnungen und betreutem Wohnen MUSS gefördert und vorangetrieben werden.
- ◄ Menschen mit Behinderungen dürfen nicht gegen ihren Willen in Behinderten-Einrichtungen abgeschoben werden. Das Leben in den eigenen vier Wänden muss auch für Behinderte selbstverständlich sein.
- ◄ Menschen mit Behinderungen müssen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.
- ◄ Die Kommune muss ein flächendeckendes Angebot von integrativer Beschulung für Kinder mit Behinderung schaffen.
- ◄ Menschen mit Behinderungen müssen uneingeschränkten Zugang zu beruflicher Tätigkeit haben. Die Kommune muss Vorbild sein/werden.
- ◄ Die Betriebe müssen entsprechend ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Schaffung behindertengerechter Arbeitsplätze gemäß Schwerbehindertengesetz (SGB IX, Teil 2) heran gezogen werden.
- ◄ Bei Ausschreibung öffentlicher Aufträge ist die Einhaltung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Schwerstbehinderung zu einem Kriterium zu erheben.
- ◄ Dort, wo Menschen mit Behinderungen in Behindertenwerkstätten arbeiten, müssen die Arbeit besser entlohnt und die Rahmenbedingungen qualitativ verbessert werden. Grundsätzlich sind Behindertenwerkstätten abzuschaffen.

2.3.3 Obdachlosigkeit

Obdachlosigkeit ist schon lange nicht mehr ausschließlich das Problem sog. sozialer Randgruppen sondern kann (fast) jedertreffen. Der Verlust der Wohnung ist weit mehr als der Verlust des Daches über dem Kopf. Obdachlosigkeit führt direkt zum Verlust des sozialen Umfeldes, zu Vereinsamung, zu Problemen in der Gesundheitsversorgung und zu psychischen Problemen.

DIE LINKE. Kiel fordert:

- ◄ mehr Wohnungen für Obdachlose mit regulären Mietverträgen und, wenn notwendig,
- ◄ Betreuungsangebote anstelle von Unterkünften in Wohnheimen und
- ◄ Schlichtwohnungen ohne Mietverträge
- ◄ Niedrigschwellige Angebote wie Tageswohnungen und Übernachtungsplätze müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- ◄ niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten für alle zu ärztlicher Versorgung und hygienischen Einrichtungen
- ◄ Schluss mit der Vertreibung Obdachloser und Nichtsesshafter aus öffentlichen Räumen!

2.3.4 Kommunale Flüchtlings- und Migrationspolitik

Die Kommunen sind zuständig für die Unterbringung der Flüchtlinge. In der Regel wird Flüchtlingen nur eine medizinische Grundversorgung gewährt, menschenwürdig ist nur eine uneingeschränkte Gewährung von gesundheitsvorsorgenden Maßnahmen und medizinischer Hilfe im Krankheitsfall.

Ein besonderer Skandal ist hier der Umgang mit Flüchtlingskindern, denen zugemutet wird in großer Unsicherheit hinsichtlich ihrer Zukunft zu leben. Sie sind möglicherweise von ihren Familien getrennt, haben traumatische Fluchterfahrungen und sind nicht kindgerecht untergebracht. Sie werden bereits mit 16 Jahren wie Erwachsene im Asylverfahren behandelt, obwohl nach der UN-Konvention über die Rechte des Kindes als Kind gilt, wer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Deutschland hat hier bei der Ratifizierung der „Rechte der Kinder“ einen Vorbehalt hinterlegt, der besagt, dass das nationale Aus-

länder- und Asylrecht Vorrang vor den Vorgaben der Konvention hat.

Die länger hier lebenden MigrantInnen sowie ihre in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kinder und Enkel werden, im Gegensatz zur Praxis in anderen europäischen Ländern, diskriminiert. Eine Integrationspolitik hat bislang allenfalls in Ansätzen stattgefunden und war zumeist vom Gedanken der Anpassung getragen.

DIE LINKE. Kiel fordert auf kommunaler Ebene:

- die Aufwertung des Migrantenforums zu einem Migrationsbeirat
- die gleichberechtigte Förderung der speziellen kulturellen, sozialen und sportlichen Belange von MigrantInnen
- eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung, um den Anteil an Migrantinnen und Migranten in der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen
- differenzierte Angebote des Jobcenters zur Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten
- die Unterstützung interkultureller Projekte
- frühkindliche Sprachförderung unter Einbindung der Eltern
- bereits in den Kindertagesstätten Sprachkurse durch entsprechend qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher, um den MigrantInnen über die Sprachkompetenz den Zugang zu Bildung und Arbeit zu ermöglichen

DIE LINKE fordert auf Bundesebene:

- legale tarifliche Beschäftigungsmöglichkeiten, die Förderung von Sprach- und Integrationskursen, den fachgerechten Unterricht für Flüchtlingskinder in den Schulen und deren Zugang zu den Kindergärten
- rechtliche und soziale Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten, ohne dass diese ihre kulturelle Identität aufgeben müssen
- ein Wahlrecht auf kommunaler Ebene für alle MigrantInnen
- die Herstellung eines Asylrechtes, das verfolgten Menschen ermöglicht, hier wieder Zuflucht zu finden

2.3.5 Sicherheit - Prävention

Jede aufgeklärte Bürgerin und jeder aufgeklärte Bürger weiß, dass Kriminalität in erster Linie ein soziales Problem ist. Dennoch gibt es immer noch Politikerinnen und Politiker, die das berechtigte Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung für demagogische Vorstöße nutzen, um vom eigenen Versagen abzulenken.

Kommunalpolitisch besteht die Aufgabe, durch Sozialpolitik präventiv tätig zu sein und Strukturen zu schaffen, die gefährdete Menschen auffangen können und ihnen dabei helfen, ihre Probleme zu lösen.

Weder Kameraüberwachungen auf öffentlichen Plätzen noch die Übertragung polizeilicher Aufgaben auf private Sicherheitsdienste können die Probleme lösen. Solche Maßnahmen gefährden nur Einwohnerinnen- und Einwohnerrechte.

Entscheidend für uns als Einwohnerinnen und Einwohner ist, dass unsere Rechte und der Datenschutz gewährleistet bleiben und die Arbeit der sozialen Initiativen und Einrichtungen, die schon lange Präventionsarbeit leisten, nicht beschränkt wird.

Die im Brand- und Rettungsdienst tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen intensiv durch die Kommunalpolitik unterstützt werden. Wir fordern eine Personalaufstockung, den Überstundenabbau und eine stärkere Fürsorgepflicht für die Beschäftigten und die Kostenübernahme der Ausgaben der Krisenintervention und Notfallseelsorge.

Die Kräfte des Katastrophenschutzes müssen mit modernem technischen Gerät ausgestattet werden.

3 Für eine ökologische Stadtentwicklung

3.1 Umwelt und Naturschutz

Gemeinsam mit den Umweltverbänden und -vereinen in Kiel möchten wir ein umfassendes auf ökologische Nachhaltigkeit abgestimmtes Umweltkonzept erarbeiten. In diese Diskussion sollen auch Kleingartenvereine und andere Interessenverbände, die in der Natur arbeiten, einbezogen werden.

3.3.1 Kleingärten

Wir fordern die Halbierung der Pachtkosten für die KleingärtnerInnen und die Kleingärtnervereine, um deren Beitrag für Versorgung, Natur- und Umwelt sowie Freizeit und Erholung zu unterstützen.

Der Erhalt der Kieler Kleingärten ist durch entsprechende Vertragsgestaltung langfristig zu sichern. Dies gilt auch für KleingartenpächterInnen, die nicht in Kleingartenvereinen organisiert sind.

3.1.2 Fassadenbegrünungsprogramm

Wir wollen für Kiel ein umfangreiches Fassadenbegrünungsprogramm auflegen, das in fachlich guter Qualität dessen langfristige Orientierung sicherstellt. Ziel ist es in den nächsten fünf Jahren mindestens 5.000 Fassaden in Kiel nachhaltig zu begrünen. Dies wird begleitet mit einer Broschüre und einer Vereinfachung des Behördenweges. Grundsätzlich werden Fassadenbegrünungen kostenfrei genehmigt. Begrünte Fassaden tragen nicht nur zur optischen Aufwertung der Stadt bei. Sie sind wichtige Staubfilter (Feinstaub), schützen Fassaden (bei richtiger Ausführung) und mindern den Lärm. Darüberhinaus sind sie ein wichtiger Baustein, die durch Straßen und Bebauung getrennten Lebensräume miteinander zu verbinden (Biotopverbundsystem). Auch tragen sie zur Aggressionsminderung bei. Die Stadt Kiel soll im Rahmen dieses Programmes jährlich 1.000 Kletterpflanzen gegen eine geringe Schutzgebühr abgeben oder selber pflanzen.

3.1.3 Baumschutzsatzung

Die bestehende Baumschutzsatzung

hat sich dem Grunde nach bewährt. Allerdings werden wir in der Stadtvertretung Vorschläge unterbreiten, die den Kieler Baumbestand besser als bisher schützen, z.B. mittels durchzuführender Entsigelungsmaßnahmen im Wurzelbereich von Stadtbäumen.

3.1.4 Extensivierungskonzept

Der Anteil naturnah bzw. umweltfreundlich bewirtschafteter Flächen soll kontinuierlich gesteigert werden, z.B. durch Extensivierungskonzepte bei der Mahd und Brachekonzepten.

3.1.5 Müll

Mehr dezentrale Wert- und Schadstoffannahmestellen! Förderung sinnvoller Mülltrennung (im Gegensatz zum "Grünen Punkt") und von Müllvermeidung. Wir fordern einen Rückkauf (Rekommunalisierung) der Entsorgungsbetriebe.

3.1.6 Energieeinsparung durch Gebäudesanierung

Eine wichtige Aufgabe kommunaler Politik ist es, ihren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Ein großer Teil der heute erzeugten, verkauften und zu bezahlenden Energie geht schlicht und einfach wieder verloren, ohne dass er von den jeweiligen Verbraucherinnen und Verbrauchern genutzt wurde.

Leitungsverluste, ungenügende Wärmedämmung, ineffektive Heizungssysteme, eine Vielzahl von Geräten im Standby-Modus etc. sind wesentliche Gründe für unwirtschaftlichen und unökologischen Energieverbrauch. Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz in der Kommune machen sich in kurzer Zeit bezahlt und entlasten vor allem die Haushalte und Betriebe.

Notwendig ist ein kommunales Investitions- und Beschäftigungsprogramm zur Instandhaltung und energetischen Sanierung für ältere Gebäudebestände. Dies wird unmittelbar die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner verbessern und neue Beschäftigungsmöglichkeiten in der Bau-

wirtschaft, dem Mittelstand und Handwerk sichern. Das gleiche gilt für öffentliche Gebäude wie Schulen, Sportstätten und Verwaltungsgebäude. Moderne energetische Standards in Bezug auf die Wärmedämmung und effektive Heizungssysteme müssen Standard bei der Aufstellung von Bebauungsplänen werden. Allein eine baurechtliche Vorgabe, dass Dachflächen nach Süden auszurichten sind, würde hier effektivere Möglichkeiten für Photovoltaikzellen und solare Warmwassergewinnungsanlagen eröffnen.

3.2 Für eine umweltfreundliche Energieversorgung

Die Regierung Schröder schloss einen Deal mit der Energiewirtschaft. Die Konzerne müssen Verschmutzungsrechte, die zum CO₂-Ausstoß berechnen, nicht kaufen sondern erhalten sie geschenkt. Trotzdem schlagen sie den Wert der geschenkten Verschmutzungsrechte auf den Strompreis auf. So ist der Neubau von Kraftwerken ein Milliardengeschäft für E.ON, Vattenfall etc., der Umweltschutz aber bleibt auf der Strecke.

Der Energiemulti E.ON und die Stadtwerke wollen auch in Kiel ein neues Kohlekraftwerk bauen, das jährlich Millionen Tonnen CO₂ in den Kieler Himmel bläst und die Kieler Förde mit ca. 100.000 Kubikmeter Kühlwasser aufheizen würde. So wird aus der Sailing City Kiel die CO₂ City Kiel. Das widerspricht nicht nur den Beschlüssen der Stadt Kiel zur lokalen Agenda 21, es verbaut der Stadt Kiel auf Jahrzehnte die Wende hin zu Erneuerbaren Energien.

DIE LINKE. Kiel unterstützt die Forderungen der Bürgerinitiative "Umweltfreundliche Energieversorgung für die Region Kiel" und tritt für eine konsequente Energiewende ein.

Wir setzen uns für eine konsequente Rückführung der Kieler Energiebetriebe in die öffentliche Hand ein. Primäres Interesse privater Betreiber ist die Ausschöpfung von Gewinnen, nicht die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Neue Umweltstandards zu setzen ist dringend erforderlich und sollte nicht der freien Wirtschaft überlassen werden. Den Gewinn, der jetzt in die Taschen privater Betreiber fließt, kann die öffentliche Hand für aktiven Umweltschutz nutzen.

DIE LINKE. Kiel fordert:

- ◄ eine klare Positionierung der Ratsversammlung gegen das geplante Kohlekraftwerk und die Ausschöpfung aller Möglichkeiten, um den Bau zu verhindern
- ◄ ein kommunales Investitions- und Beschäftigungsprogramm zur Instandhaltung und Sanierung älterer Gebäudebestände (Einrichtung eines Förderetats zur Umsetzung eines besseren Wärmeschutzes)
- ◄ moderne energetische Standards in Bezug auf Wärmedämmung, effektive Heizungsanlagen etc. und die Nutzung Erneuerbarer Energien bei allen öffentlichen Bauten umzusetzen

3.3 Mobilität für alle**Sozial und Ökologisch**

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) leidet nach wie vor unter einer Infrastrukturpolitik, die sich weitestgehend am motorisierten Individualverkehr orientiert. Dadurch wird er noch immer nicht als attraktive Alternative wahrgenommen.

Durch Privatisierung und steigende Kosten gerät der ÖPNV immer mehr unter Druck. Die einseitig orientierte und kurzfristige Kostenbetrachtung im ÖPNV führt dazu, dass auch künftig eine hohe Verkehrsbelastung vorhanden sein wird. Ökologisch verantwortbar ist in Zeiten des Klimawandels aber nur eine Politik, die den ÖPNV zu einer echten Alternative zum motorisierten Individualverkehr ausbaut.

Ein attraktives ÖPNV-Angebot steigert die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner, da die Lärmbelastung sinkt und der Schadstoffanteil in der Luft zurückgeht. Auch ist es zu gewährleisten, dass Menschen mit eingeschränkter Mobilität (z.B. auf Gehwagen oder Rollstuhl Angewiesene, Blinde) die Nutzung des ÖPNV-Angebotes nicht verwehrt bleibt.

Wir plädieren für eine Verkehrswende, in der den umweltfreundlicheren Verkehrsarten (Bus, Schiene, Schiffs-, Rad- und Fußverkehr) der Vorrang eingeräumt wird. Auch setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Qualitätsverbesserung des Personenbusses und der Personenschifffahrt ein, wie z.B. die Erweiterung der Anlaufpunkte, die Erhö-

hung und Verknüpfung des Taktfahrplanes. Bisher ging der Trend in Kiel leider in eine andere Richtung. Die Fahrgastzahlen des Verkehrsverbundes Region Kiel (VRK) sind im Busverkehr von 1998 bis 2006 von 42,4 Millionen auf 32,9 Millionen gesunken.

Auch eine sozial gerechte Tarifgestaltung im VRK ist notwendig. Der ALG-II Regelsatz beinhaltet deutlich weniger für den ÖPNV, als für eine Monatskarte in Kiel benötigt würde.

Wir fordern dies nicht nur aus ökologischen sondern auch aus sozialen Gründen. Wir begreifen Mobilität als ein Menschenrecht. Der öffentliche Nahverkehr muss in öffentlicher Kontrolle bleiben. Denn auch Menschen, die über kein Auto verfügen, sollen nicht auf Mobilität verzichten müssen.

Daher fordert DIE LINKE. Kiel:

- ◄ eine sozial gerechte Tarifgestaltung im Verkehrsverbund Region Kiel (VRK), die einkommensschwachen Teilen der Bevölkerung möglich einen Zugang zur Mobilität gewährleistet
- ◄ eine Verbesserung der Taktzeiten und deren Verknüpfung im VRK zwischen den Bussen und Zügen, sowie eine bessere Umland- und Nachtverkehrsanbindung
- ◄ Wir unterstützen Verkehrsinitiativen und Ideen, die zur einer Verkehrswende beitragen wollen, wie die Umlagefinanzierung des ÖPNV nach Vorbild des Semestertickets.
- ◄ keine zusätzlichen Parkhäuser in der Innenstadt. Stellplatzverordnungen dürfen nicht einseitig den Bau neuer Parkhäuser sondern müssen auch den weiteren Ausbau von Park and Ride und die Förderung des ÖPNV zum Ziel haben.
- ◄ demokratische Kontrolle durch die Einrichtung von Fahrgastbeiräten, die weitgehende Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Ausarbeitung des Angebotes erhalten müssen
- ◄ Fahrradstraßen sollen weiterhin in das kommunale Verkehrskonzept integriert werden. Fuß- und Radverkehr sollten nicht nur auf die Restflächen abgeschoben werden, die übrig bleiben, wenn die Kfz-Fahrbahnen verteilt sind. Sie sind vollwertige Verkehrsarten und brauchen vollwertige Verkehrsflächen.

- ◄ Verzicht auf den geplanten Autobahnausbau in Hassee (Uhlenkroger bzw. Russeer Rampe) . Wir unterstützen die diesbezüglichen Forderungen der Bürgerinitiative Uhlenkrog-Rampe.
- ◄ bei der Personenschifffahrt eine Verbesserung und Erweiterung der Anlaufstellen und des Taktfahrplanes. Der Anleger in Holtenau muss umgehend realisiert werden. Wir sind für die Nutzung des Tiessenkais als provisorische Anlegestelle.
- ◄ die Weiterentwicklung des Verkehrsentwicklungsplans für Kiel (5% weniger motorisierter Individualverkehrs bis 2020)
- ◄ Erleichterung des Verkehrs durch Umwandlung von Ampelkreuzungen in Kreisverkehre
- ◄ Der Durchgangsverkehr des motorisierten Individualverkehrs muss so weit wie möglich reduziert werden.
- ◄ Rückbau von Verkehrsanlagen und -flächen um damit Raum für Freizeit und Spiel zu schaffen
- ◄ Wir sind gegen die Subventionierung des Holtenauer Flughafens.
- ◄ keine weiteren Anteilsverkäufe der KVG sondern Rekommunalisierung. Keine weiteren Fahrpreiserhöhungen. Schrittweise Senkung der Fahrpreise bis zum Nulltarif.
- ◄ Um individuelle Mobilität zu gewährleisten, unterstützen wir Mitfahrzentralen und Car-Sharing sowie den weiteren Ausbau des Pendlers-Portals für Kiel und Umland.

3.3.1 StadtRegionalBahn (SRB)**DIE LINKE. Kiel setzt sich für eine StadtRegionalBahn (SRB) in Kiel ein.**

Die SRB ist im Vergleich zum Busverkehr schneller und in der Lage, wesentlich mehr Fahrgäste zu transportieren, außerdem kann sie umweltverträglich mit erneuerbaren Energien betrieben werden und ist so ein adäquates Mittel zur Reduzierung der CO₂-Emissionen.

Nach einem Gutachten zur SRB aus dem Jahre 2005 würden mehr als 9000 Kielerinnen und Kieler alleine in der Innenstadt auf die StadtRegionalBahn umsteigen. Sowohl auf den bestehenden Strecken Kiel-Raisdorf-Preetz sowie Kiel-Hasse-Suchsdorf-Gettorf und Eckernförde als auch in Richtung Flint-

bek erwartet das Gutachten eine Verdopplung der Fahrgastzahlen bis 2020. Über 71 Millionen Kilometer mit dem Auto würden so pro Jahr eingespart. Das Kerngebiet der SRB würde sich zwischen der Wik, Suchsdorf, Dietrichsdorf und Schönberger Strand erstrecken. Das erweiterte Streckennetz reicht dann bis Eckernförde, Rendsburg, Neumünster und Plön.

Der Bau der StadtRegionalBahn könnte 2011 begonnen werden und ist mit 356 Millionen Euro veranschlagt worden. Im Falle der Beschlussfassung trägt der Bund 60% und das Land 15% der Gesamtkosten.

Die restlichen Kosten von ca. 100 Millionen Euro müssten die betroffenen Kreise und Gemeinden tragen. Der Anteil für die Stadt Kiel beträgt ca. 70 Millionen Euro. Dies könnte die Stadt über einen günstigen Kredit finanzieren. Der volkswirtschaftliche Nutzen der SRB wird in Kiel mit einem Faktor von 2,2 angegeben. Das heißt jeder investierte Euro bringt 2,20 Euro wieder ein. So ist eine relativ zügige Kreditrückzahlung möglich.

Die Überlegungen private Unternehmen an der SRB zu beteiligen (PPP-Modelle) lehnen wir ab.

3.4 Stadtentwicklung

Die Lage Kiels an der Ostsee und der meistbefahrenen künstlichen Wasserstraße der Welt, dem Nord-Ostsee-Kanal, prägt das Kieler Stadtbild. Dieser Standortvorteil Kiels wird bislang viel zu wenig genutzt. Wir wollen mehr Touristen nach Kiel bringen, Kiel als Hafen- und Handelsstadt voranbringen, Wissenschaft und Forschung im maritimen Bereich mehr fördern.

Wir wollen den Ausbau und die Modernisierung des Nord-Ostsee-Kanals voranbringen, Kapazitäten des Kieler Handelshafens, die Beziehungen zu anderen europäischen Ostseestädten ausweiten, die Zusammenarbeit von Universität, Fachhochschule, Mittelstand und Stadt im Bereich der zivilen, maritimen Wirtschaft und Wissenschaft intensivieren sowie den Zugang zum Meer verbessern.

Nicht zuletzt muss auch die Kieler Bevölkerung von Kiels Lage am Wasser profitieren. Unter anderem treten wir für die Realisierung eines kombinier-

ten Rad-Wanderweg an der Förde zwischen Holtenau und Friedrichsort ein.

Kiel liegt nicht nur am Meer, Kiel ist auch eine grüne Stadt. Die großzügige Stadtbauung in der Vergangenheit eröffnet Raum und viele Möglichkeiten für die Menschen. Die öffentlichen Grünanlagen sind zu bewahren, der Autodurchgangsverkehr ist an den Stadtrand zu verlagern.

Die einzelnen Stadtteile als eigenständige Lebensräume müssen weiterentwickelt werden. Weitere Großmärkte auf der grünen Wiese und deren Ausbau sind zu vermeiden. Wir sind gegen die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und gegen Sonntagsöffnungen. Nur so können sich kleine Geschäfte und Stadtteile gegen die übermächtige Konkurrenz der Innenstadt und der Einkaufszentren auf der grünen Wiese behaupten.

Wir brauchen Bebauungspläne, die sich an sozialen und alternativen Bedürfnissen orientieren und kinder- und altengerecht sind. Das Angebot an modernen, kind- und familiengerechten Wohnanlagen ist nicht ausreichend. Wir sind für eine lebenswerte Stadt mit mehr öffentlichem Grün, gesicherter historischer Bausubstanz mit dem Ziel von mehr Lebensqualität. Es muss in der Innenstadt genügend Orte geben, an denen man sich aufhalten kann ohne zu konsumieren.

Eine vernünftige Stadtpolitik muss auch das Umland mit einbeziehen. Kiel bietet auch für die EinwohnerInnen der Umlandgemeinden ein reichhaltiges Service- und Unterhaltungsangebot. Dafür sollten diese auch zahlen.

3.4.1 Soziale Wohnraumpolitik

Wohnen beeinflusst unser soziales Umfeld, unsere Entwicklungsmöglichkeiten, unser Lebensgefühl. Daher setzt sich DIE LINKE. Kiel auch für die Verbesserung der Einzelhandels-Nahversorgung in den Stadtteilen ein. Preiswerter Wohnraum, vor allem für Familien mit Kindern, wirkt der Gefahr der Verelendung in der Stadt entgegen. Hier wollen wir die Bauflächen an der Hörn stärker als bisher für Wohnungsnutzung mit einbeziehen. Die Bahnhofsnähe und die attraktive Lage bieten Potenzial zur Entwicklung der Stadt, von dem auch positive Impulse auf Gaarden als multi-

kulturelle Mitte der Stadt ausgehen können.

Der Alte Markt soll schnellstmöglich unter Berücksichtigung der existierenden Pachtverträge umgestaltet werden, so dass seine alte Funktion als zentraler Marktplatz von Kiel hervorgehoben wird. Stadtsanierung ist wichtig und gut, darf aber nicht dazu führen, dass finanzschwächere Bevölkerungsgruppen aus ihren angestammten Wohnungen oder gar Quartieren vertrieben werden.

Der zukünftig geplante Abzug des kompletten Marinegeschwaders MFG 5 vom Fliegerhorst Holtenau im Jahr 2012 eröffnet ebenfalls die große Chance einer zivilen Nachnutzung des gesamten Unterlandes zwischen Holtenau und Pries/Friedrichsort, die sorgfältig vor geplant sein muss.

Initiativen, die nicht die Rendite sondern ein bedarfsgerechtes Wohnangebot zum Ziel haben, sind hier zu unterstützen. Besonders förderungswürdig erscheinen uns Kleingewerkschaften und andere kollektive Eigentumsformen, die auch alternative Formen des Wohnens und des Zusammenlebens ermöglichen.

DIE LINKE. Kiel fordert:

- ◀ die Planungen für das Science-Center sofort einzustellen und keine Subventionierung des Citti Marktes über Steuergelder
- ◀ die Wiederherstellung des Alte Marktes in der Altstadt
- ◀ eine attraktive Gestaltung des Hörnufers
- ◀ familienfreundlichen Wohnungsbau und die damit verbundene Stärkung des Ostufers
- ◀ eine Stadtentwicklung, die nicht von den Interessen der Investoren dominiert wird. Die Stadtentwicklung muss demokratisch beraten und beschlossen werden. DIE LINKE. Kiel fordert und fördert deshalb neue und verbindlichere Formen der Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklungsplanung.
- ◀ Die Verstärkung der Städtebauförderung und des Stadtteilmanagements ist mit Beschäftigungsförderung und einer besseren finanziellen Ausstattung der Programme zu verbinden.

4 Bildung und Kultur

4.1 Bessere Bildung für alle

Bildung ist ein Menschenrecht, keine Ware!

Die Verwirklichung des Rechts auf Bildung als Menschenrecht ist ein Grundanliegen der LINKEN. Das Recht auf Bildung und die Kinderrechte gehören ins Grundgesetz.

Alle vorliegenden Studien und Analysen weisen darauf hin, dass das Bildungswesen in Deutschland seinen Aufgaben nicht gerecht wird. Wachsende soziale Ungleichheit in der Gesellschaft, wachsende "Kinderarmut" und ein selektives Bildungssystem richten sich gegen die Realisierung des Rechts auf Bildung. Selbst der OECD Sprecher sagt bei der Vorstellung der letzten PISA-Studie, dass unser gegliedertes Schulsystem ungerecht sei und die Herkunft beim Schulerfolg eine größere Rolle spielt, je früher die Kinder auf verschiedene Schultypen verteilt werden.

Der schleswig-holsteinische Landtag hat ein neues Schulgesetz beschlossen. Zwar folgt dieses neue Schulgesetz immer noch der Humankapitaltheorie und will durch Bildungsstandards und –kompetenzen „messbare Erträge“ erzielen, allerdings erhalten die Kommunen eine wichtige Entscheidungskompetenz. Es wird nun vor Ort entschieden, wo Gemeinschaftsschulen und wo stattdessen Regionalschulen und Gymnasien eingerichtet werden.

In Kiel sieht der von Schwarz-Grün beschlossene Schulentwicklungsplan vor, lediglich die Gesamtschulen in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln, die Haupt- und Realschulen zu Regionalschulen zusammenzulegen und alle Gymnasien bestehen zu lassen.

DIE LINKE. Kiel lehnt die Selektion von Schülerinnen und Schülern ab. Deshalb wird sich DIE LINKE im Rat dafür einsetzen, dass in Kiel alle weiterführenden Schulen zu Gemeinschaftsschulen werden, die alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam bis zur 10. Klasse besuchen. In diesen Gemeinschaftsschulen sollen durch binnenorientierten Unterricht alle SchülerInnen individuell nach ihren Neigungen und Fähigkeiten gefördert werden.

Die Ergebnisse des PISA-Tests belegen, dass durch Gemeinschaftsschulen ein sozial gerechteres und gleichzeitig leistungsstärkeres Schulsystem eingeführt werden könnte.

Kieler Schulen brauchen Geld!

Wieviel Gewicht dem "Rohstoff der Zukunft" beigemessen wird, ist auf Grund beklagenswerter Zustände an den Kieler Schulen mit dem bloßen Auge ablesbar. Bei den Berufsschulen erleben wir jetzt die ersten PPP-Projekte, die ersten Teilprivatisierungen.

Es ist Aufgabe der Stadt, allen Kindern und Jugendlichen ein vernünftiges Lernumfeld zu garantieren. Dazu gehört der Ausbau von Ganztagschulen, einschließlich Freizeiträumen und Cafeterien. Es darf nicht sein, dass Schulen heute aus Geldmangel oft auf unqualifizierte Euro-Jobber zurückgreifen müssen, um garantierte Schulzeiten und ausreichende Betreuung zu realisieren.

Es gibt nichts wichtigeres als Bildung, hier darf die Stadt nicht sparen. Bei privaten Spenden muss die Stadt durch Pool-Lösungen Chancengleichheit gewährleisten. Spenden der Wirtschaft für Bildungseinrichtungen lehnen wir ab.

DIE LINKE. Kiel fordert:

- ◀ eine Bildungspolitik, die das Bildungssystem nach den Neigungen und Fähigkeiten der SchülerInnen statt nach betriebswirtschaftlichen Mustern organisiert
- ◀ alle weiterführenden Kieler Schulen in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln
- ◀ mehr Kieler Schulen zu Ganztagschulen mit bedarfsgerechten Freizeiträumen und Cafeterien fortzuentwickeln
- ◀ Stellen für SozialpädagogInnen einzurichten um LehrerInnen zu entlasten
- ◀ den Sanierungsstau an Kieler Schulen umgehend aufzulösen

Wir widersprechen der völlig irreführenden Behauptung, bei der gegenwärtigen Umorganisation der Bildungsinstitutio-

nen gehe es um mehr Autonomie von Schulen und Hochschulen.

4.2 Kultur für Alle

Kultur für alle – diese Forderung ist heute aktueller denn je, da längst nicht mehr alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben können. Dabei ist Kultur ein Stück Lebensqualität, das für alle Menschen gleichermaßen erreichbar sein muss.

Ein breites kulturelles Angebot trägt zur Demokratie bei und regt die Menschen an, ihre Kreativität und auch ihre Wertbilder und Denkmuster zu entfalten.

Kultur darf nicht dem marktwirtschaftlichen Prinzip untergeordnet werden. Mangelnde finanzielle Förderung lässt indes viele Kulturträger der Verlockung des "Sponsorings" verfallen, häufig unter Verlust ihrer kulturellen Unabhängigkeit und sorgt für ein langsames Sterben der wichtigen kulturellen Vielfalt.

Wir werden uns dafür einsetzen, die kulturellen Initiativen und Einrichtungen in ihrer Vielfalt zu erhalten und finanziell weiter und besser abzusichern. Dabei wird unser besonderes Augenmerk den unabhängigen kulturellen Einrichtungen, die aus Initiativen „von unten“ entstanden, gelten.

Kultur, die von den Menschen selber geschaffen wird, stärkt eine eigene Identität im Lebensumfeld. Zur Kultur gehört auch die eigene Gestaltung der unmittelbaren Lebenszusammenhänge. Deshalb ist die soziokulturelle Arbeit in Zukunft noch stärker stadtteilorientiert auszurichten.

DIE LINKE. Kiel fordert:

- ◀ keine Schließung von Stadtteilbüchereien. Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Hauptamtlichkeit in den Stadtteilbüchereien.
- ◀ Die Förderung der städtischen Bühnen ist notwendig. Die alternative Kultur, Initiativen, Vereine und einzelne KünstlerInnen sind stärker zu fördern. Kultur muss für alle Men-

schen erfahrbar und deshalb auch in den Stadtteilen präsent sein.

- ◄ Wir treten für den Erhalt des Warleberger Hofes, der Stadtgalerie und des Schifffahrtsmuseums ein. Eintrittsgelder für diese Einrichtungen sollen nicht mehr erhoben werden.
- ◄ Kinder- und Jugendkultureinrichtungen müssen so gefördert werden, dass sie auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten und Migrationsfamilien zugänglich sind.
- ◄ Die Vielfalt von Teilkulturen ist als Bereicherung zu verstehen. Die Kulturarbeit der aus dem Ausland stammenden Mitbürgerinnen und Mitbürger ist ein wesentlicher Bestandteil städtischer Kulturpolitik. Kulturelle Begegnungsstätten fördern die Integration und das gegenseitige Verständnis. Das wichtige Schaffen von freien z.B. Theater-, Musik- und Filmgruppen soll gefördert werden, auch bei der Zuweisung von geeigneten Räumlichkeiten.
- ◄ Die neuen Medien müssen in ihren Möglichkeiten gesehen werden. In der heutigen Zeit ist die Vermittlung von Medienkompetenz unerlässlich. Jugendfreizeitstätten, Medienzentren und Schulen sollten auch Kindern und Jugendlichen aus finanziell schlechter ausgestatteten Familien den Zugang zum Internet ermöglichen, dabei jedoch darauf achten, jede Einseitigkeit beim Medienkonsum zu verhindern.
- ◄ In Kiel gibt es nur eine Tageszeitung. Wir unterstützen alle demokratischen Projekte, die zu mehr Meinungsvielfalt führen.

4.3 Sport

Kultur schließt Sport als untrennbaren Bestandteil der Selbstverwirklichung der Menschen ein. Sport bewirkt neben der Erhaltung und Förderung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit auch Gemeinschaft mit anderen und hat integrative Funktionen.

Eine große Bedeutung messen wir dem Breitensport, insbesondere dem Kinder- und Jugendsport bei, der den Vorrang vor der Förderung teurer Prestigeprojekte verdient. Wir unterstützen das Streben nach Selbstverwirklichung und Entfaltung des sportlichen Talents.

Sportvereine, -gruppen, und -initiativen, insbesondere mit einem hohen Anteil von Kindern, Jugendlichen und/oder einkommensschwachen Mitgliedern, sind kontinuierlich finanziell zu fördern und die vielen Übungsleiter zu unterstützen, die Woche für Woche Jungen und Mädchen trainieren und zu Wettkämpfen begleiten.

Für finanziell schwächere BürgerInnen (insbesondere ALG II- BezieherInnen) wollen wir eine Subventionierung von Eintrittsgeldern und Mitgliedsbeiträgen in Vereinen erreichen.

Die Sportstätten sollten auch für nicht in Vereinen organisierte Menschen geöffnet sein und ihrer schleichenden Privatisierung Einhalt geboten werden.

Kiel braucht einen Sportstättenentwicklungsplan, der die Sportmöglichkeiten für immer mehr Menschen erschließt und ein zukunftsfähiges Konzept für den Breitensport enthält.

Für Breitensport!

Die Kieler Sportpolitik ist einseitig auf die Förderung von „Leuchttürmen“ wie der Männer-Fußballsparte von Holstein Kiel ausgerichtet. Breitensport wird so eher behindert als befördert. Wir wollen Sport für alle anstatt vermeintlich prestigeträchtige und dilettantisch angegangene Bewerbungen für Segelevents. Die Kieler Woche ist und bleibt die beste Werbung für die Segelhauptstadt Kiel. Sporthallen und Schwimmbäder der Landeshauptstadt sind in einem beklagenswerten Zustand. Die Stadt steht in der Verantwortung, die Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern, ohne dass Sportvereinen durch Gebühren Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Sportvereine leisten eine wichtige Arbeit bei der Integration sowohl von sozial Benachteiligten als auch von Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft. Sie sind damit auch ein gutes Mittel zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention, in das sich jede Investition lohnt. Wir lehnen es ab, dass Vereine Gebühren für die Nutzung städtischer Sporteinrichtungen bezahlen müssen.

5

Mehr Frauenrechte in der Kommunalpolitik verankern

Mehr als die Hälfte der Menschen in Kiel sind Frauen. Dies spiegelt sich jedoch nicht in ihrem Einfluss in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wider. Auch in Kiel ist die Geschlechterdemokratie, also die gerechte Teilhabe an Arbeits- und Lebensbedingungen, bislang nicht erreicht. Es fehlen die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen. Ökonomische Unabhängigkeit und eine gerechte Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern sind Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir wollen eine deutliche Verringerung der Arbeitszeiten, die es Männern und Frauen ermöglicht, Beruf und Kindererziehung miteinander zu vereinen.

Eine Herausforderung für die Kieler Kommunalpolitik besteht darin, in ihrem Wirkungskreis für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu sorgen. Wir wollen Geschlechtergerechtigkeit durch die Reorganisation, Verbesserung und Auswertung der Entscheidungsprozesse in der Selbstverwaltung und Verwaltung. Alle an der politischen Gestaltung beteiligten Akteurinnen und Akteure müssen grundsätzlich den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern (zwischen Mädchen und Jungen) einnehmen. Wir wollen bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abbauen und neue Ungleichheiten verhindern. Zusätzlich sind Frauenfördermaßnahmen weiterhin notwendig.

Frauen sind überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit sowie von ungleicher Bewertung und Bezahlung ihrer Arbeit betroffen. Das gilt vor allem für prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Auch deshalb unterstützen wir die Forderung nach einem Mindestlohn. Zu den notwendigen Frauenfördermaßnahmen gehören spezifische integrative Maßnahmen für langzeitarbeitslose Frauen unter Berücksichtigung von älteren und alleinerziehenden Frauen, konkrete Qualifizierungsmaßnahmen für un- und

angelernte Frauen sowie die Vergabe der Hälfte aller Ausbildungsplätze an Mädchen und junge Frauen.

Frauen sind vor allem nach einer Erziehungspause in weit stärkerem Ausmaß einem Dequalifizierungsdruck ausgesetzt.

Gewalt an Frauen und Mädchen ist leider immer noch ein alltägliches Problem. Hierbei trägt die Stadt eine besondere Verantwortung, denn die gegen Frauen und Mädchen gerichtete Gewalt richtet sich gegen uns alle.

Beratungsstellen und Frauenzentren müssen erhalten und ausgebaut werden. In der Stadt Kiel muss die autonome Hilfe für gewaltbedrohte Mädchen und Frauen gewährleistet werden. Dabei muss die Gewalt von Männern hinterfragt und bekämpft werden. Werden Frauen Opfer häuslicher Gewalt, sind sie gezwungen, die Wohnung zu verlassen und ins Frauenhaus zu ziehen.

DIE LINKE. Kiel fordert:

- ◀ keine finanziellen Einsparungen der öffentlichen Kassen zu Lasten von Frauen
- ◀ Ausbau statt Kürzung von Frauenförderungsprogrammen und Wiedereingliederungsprojekten
- ◀ einen quotierten Zugang zu allen Maßnahmen der Arbeitsförderung
- ◀ freien Zugang zu Bildungseinrichtungen
- ◀ ein von der Stadt finanziertes Frauenennachtstaxi.
- ◀ die bisherigen Angebote (Frauenhaus, Donna Klara, autonomes Mädchenhaus, TIO) sowie Angebote von Frauenprojekten zu stärken und zu erweitern

Kommunalpolitik ist Frauenpolitik!

Frauen müssen auf allen Ebenen sozial und ökonomisch gleichgestellt sein. Bis dahin darf kein Sachzwang, keine finanzielle Einsparung oder Bereicherung der öffentlichen Kassen zu Lasten von Frauen gehen. DIE LINKE. Kiel wird den Stadtrat immer wieder in allen Bereichen, bei allen Sachfragen und Abstim-

mungen auch auf derartige Schwachstellen hinweisen und ihre kritische Stimme erheben, wenn politische Entscheidungen ein Zurückdrängen oder Infragestellen von Frauenrechten bedeutet.

6

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

DIE LINKE. Kiel steht für eine demokratische und zivile Politik, die auf internationale Solidarität baut.

Schon in der Vergangenheit wurden nirgends mehr Telefonanschlüsse abgehört als in Deutschland und mehr als häufig unter eklatanter Missachtung bestehender Gesetze. Der im November 2007 im Bundestag verabschiedete Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung, der die Speicherung von Verbindungsdaten (persönliche Daten, Emails, SMS, Telefonate, Internetverbindungen) aller Bürger per Gesetz ermöglicht, stellt alle BürgerInnen unter Generalverdacht.

Während menschenverachtende Verhaltens- und Denkweisen von Neofaschisten zum Teil gedeckt werden, müssen Bürgerinnen und Bürger, die sie zu bekämpfen versuchen, mit Bespitzelung und Bestrafung für ihre Zivilcourage rechnen. Jede Form von Gewalt erzeugt Gegengewalt und es gilt, das Konfliktpotential zu ergründen, die Beweggründe zu verstehen, um die Ursachen beseitigen zu können. Diese müssen gelöst werden, es geht nicht darum, die Toleranz für Gewalt zu erhöhen. Militarisierung nach außen ist ohne eine zunehmende Repression nach innen nicht denkbar.

Wir wenden uns ohne Wenn und Aber gegen jegliche Ausgrenzung von Menschen, die in unserer Stadt leben. Kiel hat eine kriegsrische und blutige Vergangenheit. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges mahnen uns. Faschismus und Rassismus haben in unserer Stadt keinen Platz.

Nie wieder Krieg

Der ehemalige Bundespräsident Heinemann hat richtig festgestellt: „Die Schule der Nation ist die Schule und nicht die Armee“. Bombenwerfen ist

kein Beruf sondern eine Missachtung von Menschlichkeit und Menschenwürde.

Die für alle Menschen immerwährende Verpflichtung aus dem Schwur von Buchenwald „Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg!“ (siehe auch GG-Artikel 139) muss zum Leitgedanken kommunaler Politik und zudem in den Schulen vermittelt werden.

DIE LINKE. Kiel lehnt diese Militarisierung der Gesellschaft mit der Gewöhnung an einen permanenten Kriegszustand ab. An Kriegen verdienen einige Menschen auf eine menschenverachtende Art viel Geld. Von daher ist ihnen daran gelegen, Kriege zu rechtfertigen. Hinter Kriegen stehen Interessen, immer geht es um Macht oder um Geld. Die Hintergründe werden nicht beleuchtet und die Ursachen nicht beseitigt, um die Aggressionen zu legitimieren.

DIE LINKE. Kiel ist eindeutig gegen jeden Krieg und für die Abschaffung der Bundeswehr.

Die Stadt Kiel ist als ein Hauptstandort der Kriegsmarine in Kriegsvorbereitungen und -handlungen verstrickt, die Geschichte als Reichskriegshaupthafen klebt an der Stadt. Kiel ist ein Zentrum der Rüstungsindustrie und weitere in Kiel ansässige Firmen sind im Rahmen der „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ eine enge Kooperation mit dem deutschen Militär eingegangen. Nicht nur die in Kiel gebauten U-Boote ziehen in den Krieg, auch das Kreiswehrrersatzamt dient der Rekrutierung von jungen Menschen für die Bundeswehr, die eine kriegführende Armee geworden ist. Wir wollen eine Umwandlung der Rüstungsindustrie in zivile Produktion und den Abzug der Bundeswehr aus Kiel. Der Schwierigkeit der Umsetzung sind wir uns bewusst. Viele Arbeitsplätze sind von der Rüstungsindustrie abhängig und die Konversion in eine friedliche Lö-

sung darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmer gehen.

Kiel als Mitglied im Hiroshima-Arbeitskreis Städtesolidarität muss endlich seinem Anspruch als Friedens-Stadt gerecht werden. In der Stadt sollen die „Ehrenmale“ oder „Kriegerdenkmäler“ zu „Mahnmalen gegen Krieg“ umgewidmet werden. Entsprechende Textergänzungen sollen erarbeitet werden. Auf diese Weise wird ein Beitrag zum angemessenen Umgang mit der deutschen Geschichte geleistet. Auch Städtepartnerschaften können in diesem Sinne verstanden werden. Bestehende Partnerschaften müssen politisch stärker genutzt werden. Wir wollen, dass die Ostsee zum Meer des Friedens wird.

Wir wollen, dass von Kiel Frieden und kein Krieg ausgeht.

**Hier
ist**

DIE LINKE.

www.dielinke-kiel.de